

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18.

Breslau, Dienstag, den 23. Januar 1894.

5. Jahrgang.

## Arbeitgeber und Arbeiterfamilie.

A. R. Vor einiger Zeit gingen Aussprüche und Erklärungen durch unsere Parteiblätter, welche von Rom, vom sogenannten hl. Stuhl kamen, Manchem sonderbar klangen und darum von unserer Seite aus theilweise ?? und !! erhielten, woraus zu ersehen, daß es auch bei uns Redacteurs und Artikelschreiber giebt, die in einer noch ziemlich großen Unklarheit stecken. Denn abgesehen davon, daß von der Theologie doch kein Verständnis für die sociale Frage zu erwarten ist, daß nur ausnahmsweise Theologen sich damit beschäftigen, und es diesen schwer genug wird, sich auf einem ihrer Studien ganz fremden Gebiet auch nur einigermaßen zurecht zu finden, die anderen aber auch für die größte Ungerechtheit und das tiefste Elend nur salbungsvolle Phrasen und kraftlose Wasseruppen haben, also, wie gesagt, abgesehen von alledem, war in jenen päpstlichen Auslassungen ein Gedanke enthalten, welcher offenbar noch lange nicht genug in seiner Klarheit und Wahrheit erkannt und gewürdigt wird. Dasselbe ist nämlich in etwas schwülstiger und ungenauer Weise der Grundsatz ausgesprochen, daß der Arbeitgeber im Grunde gegen die Arbeiterfamilie keine Verpflichtung habe, sondern daß es ihm nur obliege, an den Arbeiter den für die geleistete Arbeit vereinbarten Lohn zu bezahlen; thue er Etwas darüber zu Gunsten der Familie des Arbeiters, so sei das eine Sache der Billigkeit und Barmherzigkeit. Dazu sagte nun in völlig unlogischer Weise ein solcher Artikelschreiber: „Also von einem Recht zum Leben keine Spur, von einem Rechte der Arbeiterfamilie an die Gesellschaft keine Idee, also das ist „christlich human“.“

Nun ist die Verquickung von sogenannter „Humanität“ und wie die schön klingenden Schlaworte sonst

noch heißen, mit dem Wesen und Kern des Socialismus immer verderblich, weil sie aus Unklarheit hervorgeht und auch weitere Unklarheit und Mißverständnisse erzeugt. Aus diesem Grund und Boden stammt denn auch die noch vielfach gehegte Ansicht, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Lohnes die sociale Frage ihrer Lösung entgegengeführt werde. Das ist aber ein großer Irrthum. So sehr Beides, wenn es erzielt wird, zu begrüßen ist, bleibt es doch nur ein Mittel rungsmittel für die einstweilige Lage des abhängigen Lohnarbeiters, führt aber nie und nimmer zu dem vom Socialismus gesteckten und erstrebten Ziele. So schön die angeedeuteten Lebensarten von Menschlichkeit u. s. w. auch klingen, ist es doch besser, man hält sie vom Socialismus ganz fern und betrachtet und verfolgt diesen nur in seiner nackten aber festgesetzten Realität. Es sei darum Folgendes zu ernster Erwägung empfohlen.

In früherer Zeit durfte Niemand heirathen, wenn nicht durch eine selbständige Berufsstellung wenigstens die moralische Sicherheit vorhanden war, daß der Gatte Weib und Kind werde erhalten können. Das hielt nun allerdings manchmal schwer oder ging gar nicht, darum gab es damals wohl arme Handwerker-, Gelehrten-, Künstler-, aber keine Arbeiter-Familien im heutigen Sinne. Mit der Zeit wurden solche Heirathsbeschränkungen und Ehehindernisse für Eingriffe in die natürlichen Menschenrechte gehalten und darum für verwerflich erklärt und deren Abschaffung gefordert. Sodann führte eine derartige Heirathsverhinderung oft zur Erzeugung unehelicher Kinder, welche meistens der Gemeinde zur Last fielen, während der Handwerksgehilfe oder Knecht als natürlicher Vater doch seinen Verdienst hatte. Die Forderung der Beseitigung jener Hindernisse drang durch und heute kann jeder Lohnarbeiter heirathen, wenn

nicht Anderes im Wege steht. So entstand die Arbeiterfamilie.

Aber mit dieser Aenderung hielten andere gesellschaftliche Einrichtungen nicht gleichen Schritt. Der Geselle, der Tagelöhner, der Knecht blieb, wenn auch verheirathet, was er vorher war, Lohnarbeiter, von seinem Arbeitgeber abhängig. Was aber kümmert diesen die Familie seines Angestellten! Und vom realen Standpunkte aus kann sie ihn nicht kümmern. Man muß die Sache eben nur in dem richtigen Lichte betrachten.

Der Unternehmer und Arbeitgeber sucht nach Bedarf Arbeitskräfte für sein Geschäft. Der Stand dieses, sowie die allgemeinen geschäftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse lassen ihn den Lohnsatz bestimmen, welchen er für die einzustellende Arbeitskraft zahlen kann oder zahlen will. Ist das Angebot von Arbeitskräften groß, so fällt dieser Satz noch, die Arbeitsleistung wird billiger. So schließt der Arbeitgeber mit dem Arbeitnehmer den Vertrag ab, dieser verspricht die bedingene Arbeit zu leisten, jener den ausgemachten Lohn zu bezahlen. Das ist das gegenseitige Verhältniß in welches beide treten, welches Verhältniß sowohl auf der einen wie anderen Seite Störungen und Mißbräuchen ausgeglichen sein kann, im Grunde jedoch dadurch nicht geändert wird. Ob aber nun, der für den bestimmten Lohn gedungene Arbeiter eine Familie hat oder nicht und ob er mit dem ihm bezahlten Lohn die Familie erhalten kann oder ob sie dabei darben müssen, das ist eine Sache für sich und hat mit jenem Vertrage nichts zu thun. Es ist doch sicherlich klar, daß der Arbeitgeber das Lohngebot nicht nach den Privat-Verhältnissen des Arbeitnehmers, sondern nach seiner eigenen Geschäfts- und Gewinnberechnung ansetzt bezw. nach den herrschenden Arbeitsverhältnissen bezahlt.

## Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

32. Kapitel.

Das Urtheil.

Mehrere Wochen sind vergangen, der Frühling hat den Weg selbst nach Sibirien endlich gefunden und die befruchtenden Strahlen der Sonne zaubern wieder Gras und Blumen aus dem Boden hervor, welcher acht Monate lang mit einer starren Eiskruste überzogen war.

Wie auf die Pflanzen, so wirkt der Frühling auch auf die Menschen. Auch in das Herz des eingestimmtesten Pessimisten oder des verzagtesten Unglücklichen zieht wenigstens ein leiser Schimmer von Hoffnung ein — Sophia Sidorski jedoch machte diesmal von dieser Erscheinung eine Ausnahme, ihr Herz war so hart getroffen worden, es war so krank und voll Verzweiflung, daß selbst der flüchtigste Hoffnungstrahl keinen Raum mehr darin fand.

Dem Zustande der Verzweiflung, in welchen wir sie über Felix Volkostskis Schicksal gerathen sahen, war ein solcher anhaltender Schwermuth gefolgt. Sie sprach fast nicht mehr, sie nahm nur wenig Speise zu sich. Den Kopf auf die Brust herabgebeugt, einen unendlich traurigen Ausdruck in den ehemals so leucht-

tenden Augen, saß sie da, vor sich hinbrütend und nur manchmal leise singend, kleine Lieder aus ihrer Jugendzeit, ohne Bezug auf ihre Lage und meist auch ohne Inhalt. Umsonst hatte Lazareff, der das junge Mädchen in ein gut eingerichtetes, aber wohlverwahrtes Gemach im Gefängniß zu Surgut hatte bringen lassen, in den ersten Tagen nach der im letzten Kapitel erzählten Katastrophe versucht, sich ihr zu nähern. Sie schien ihn, wie schon während der Rückreise, gar nicht zu bemerken und hörte seinen Beteuerungen mit einem gleichgültigen, seltsamen leeren Blicke zu, der ihn erschreckte und ihn abhielt, sein Opfer um Liebesopferungen oder andere Beweise des Entgegenkommens zu quälen oder es seiner rohen Art gemäß mit Drohungen zu überhäufen.

Der Gouverneur, welcher in der That für das bedauerenswerthe Geschöpf eine leidenschaftliche Neigung empfand, wurde endlich bange um ihre Gesundheit, er ließ den Gefängnißarzt rufen, unsern alten Bekannten, Dr. Drzhesko, und befragte ihn angelegentlich über Sophias Zustand.

Der menschenfreundliche Arzt betrachtete die junge Dame lange mit innigem Mitleid, er prüfte ihren Puls, schaute ihr in die Augen, versuchte mit ihr zu reden.

„Herr Gouverneur,“ sagte er ernst, als beide das Zimmer Sophias wieder verlassen hatten, „dieses junge Mädchen ist von einem gefährlichen Gemüthsleiden befallen, das mit der vollständigen und dauernden Vernichtung ihres geistigen Daseins enden kann.“

„Nur kann! Sie ist also noch zu retten?“

„Vielleicht.“

„Und was muß zu diesem Zwecke geschehen?“

„Das sicherste Mittel würde jedenfalls sein, sie wieder mit den Ihrigen und ihrem Bräutigam zu vereinigen.“

„Das ist unmöglich,“ rief Lazareff ärgerlich. „Was ließe sich sonst thun?“

„Geben sie ihr eine Freundin, irgend ein weibliches Wesen an die Seite, welches sie dem Einfluß der Einsamkeit entreißt und ihr die Möglichkeit des Gedanken-austausches und der Aussprache gewährt.“

„Es soll geschehen — wenn es aber nicht hilft?“

„So muß der Versuch gemacht werden, ihre Lebensgeister durch irgend ein überraschendes Vorkommniß wieder aufzurütteln, ihr getrübbtes Daseinsbewußtsein plötzlich in alter Stärke zurückzurufen.“

„Aber wie das?“

„Vielleicht bringt ein plötzlicher Schreck, freudiger oder anderer Natur, diese plötzliche Wirkung hervor. Doch überlassen Sie das am besten dem Zufall, denn die Anwendung eines solchen Paracemittels ist immer bedenklich.“

„In wiefern?“

„Weil unter Umständen gerade die gegentheilige als die beabsichtigte Wirkung erreicht wird. Der Wahnsinn, den wir verhindern wollen, kann aus einem derartigen Anlaß plötzlich ausbrechen.“

„O — lassen wir das also. Ich danke Ihnen, Doctor. Ich weiß, sie besitzt hier eine sehr gute Freundin, diese will ich ihr sofort senden.“

Es ist klar, daß der Arbeitgeber bei Abschluß des Vertrages mit dem Arbeitnehmer wegen dessen etwa vorhandener Familie keinerlei Verpflichtung eingegangen ist. Die von ihm zu Abende formelle Berechtigung kann sich demnach auch nur auf die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtung erstrecken. Ist dagegen von principieller Berechtigung und vom Recht zu leben oder vom Recht an die Gesellschaft die Rede, so betrifft sie die staatlich-gesellschaftliche Gesetzgebung und Ordnung, nicht aber den Geschäftsunternehmer und Arbeitgeber. Dieser wird nie mehr Lohn zahlen, als er unter den gegebenen Umständen zahlen muß um die ihm nöthigen Arbeitskräfte zu bekommen. Das ist ein für allemal wohl zu merken.

Das bisher Gesagte könnte nun Manchem antisocialistisch vorkommen, ist aber erst recht socialistisch. Wer darüber noch nicht im Klaren ist, jedoch nun ruhig darüber nachdenkt, der wird das Ausgesprochene gewiß als im Sinne der Socialdemokratie finden und daraus für immer sich die Lehre einprägen: Von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist nie und nimmer eine Erlösung des Lohnarbeiters zu erhoffen.

Lohnfrüchte.

Woh! heißt das Leben noch,  
Tag über ohne Raft,  
zu werden um ein Loch!  
Sich sehnen nach der Last?

### Politische Rundschau. Deutschland.

Die Situation im preussischen Landtage schildert der Berliner Correspondent der „Frankf. Zeitung“ in unseres Erachtens recht zutreffender Weise. Er schreibt: „Es giebt unglaublich viel Landräthe in dem neuen Abgeordnetenhanse, und viele, die es nicht sind, sind es früher einmal gewesen, oder werth, es zu sein. Der Landrath erscheint aber in neuer Form: er schweigt, wenn Se. Majestät die Thronrede verliest, selbst bei den Stellen, wo der Monarch die Stimme hebt und eine bezeichnende Pause macht. Das ist ein hereditäres Schweigen und berechtigte Schlüsse auf unsere ganze politische Situation und auf den Umwandlungsproceß, der sich in der conservativen Partei vollzieht, lassen sich daraus herleiten. Es steht ja in den conservativen Agrariern, für die der städtische Landrath als erwählter Volksvertreter typisch ist, noch immer ein Rest von dem royalistischen Vasallenverhältniß zur Krone, aber nur noch insofern, als die Kreise der adligen Grundbesitzer, aus denen sich die Partei rekrutirt, die Vortheile jenes alten Verhältnisses in Staats- und Militärdienst und in Bevorzugung in der Gesetzgebung auch jetzt noch in Anspruch nehmen. Die frühere politische Gefolgschaft aber verweigern sie, die Umwandlung der Partei, die einst auf dem Grundsatze „Autorität, nicht Majorität“ fußte, in eine das parlamentarische System und seine Consequenzen gegen eine unbequeme Regierung anwendende politische Partei ist so ziemlich vollzogen. Durch schöne Worte und gehaltvolle Berisparungen, selbst wenn sie aus hohem Munde in der Thronrede erfolgen, lassen sich die Conservativen selbst nicht einmal zu dem conventionellen Bravo hinreißen. Sie treten im Gefühl

ihrer großen Zahl mit entschiedenen Oppositionsgelasten in die neue Legislaturperiode ein, entschlossen, vom Landtage aus den Gang der Reichspolitik zu beeinflussen und dem bestgeeigneten Manne, dem Reichskanzler, das politische Dasein so schwer wie möglich zu machen. Man unterschätze nicht den Einfluß, den auf die Dauer der Landtag des größten Bundesstaates auszuüben vermag, in dessen Herrenhaus das preussische Junkerthum domirt und in dessen Abgeordnetenhaus es beinahe schon für sich allein die Mehrheit bildet, während der entschiedene Liberalismus nur durch 20, schreiende zwanzig Männer vertreten wird, die dadurch nicht imponirender wirken, daß sie sich in zwei Gruppen von vierzehn und sechs theilen. Mit dem in der Bismarck'schen Zeit allenfalls gerechtfertigten Hinweis, daß ein kräftiger Wind von obenher die agrarischen Gelüste bändigen könne, ist es jetzt nicht mehr gethan. Selbst wenn die Regierung, was sehr fraglich und Angeichts der Mehrheitsverhältnisse eine nicht ganz leichte Zumuthung ist, sich zur Energie gegen die Conservativen aufraffte, so steht der Erfolg noch sehr dahin. Die Männer, die jetzt am Ruder sind, verbreiten keinen Schrecken, und ultra posse nemo obligatur. (Ueber das Können hinaus ist Niemand verpflichtet.) Dieses Abgeordnetenhaus, das jetzt beim Beginn einer fünfjährigen Thätigkeit steht, kann negativ durch Beeinflussung der Reichspolitik schließlich doch Manches anrichten, und es wird positiv durch Kunststücke agrarischer Gesetzgebung sein Gedächtniß in der parlamentarischen Geschichte Preußens sichern. Ist es nicht in hohem Grade bedenklich, daß schon die Thronrede eine unzweideutige Wechselwirkung zwischen diesem Landtage und der Reichspolitik einleitet? Vollständig den bekannten Intentionen des Finanzministers Miquel entsprechend, wird der Landtag durch eine daraufhin zugeschnittene Finanzlage zur Einwirkung auf die Entschliessungen des Reichstages über die neuen Reichssteuern aufgerufen. Unzweifelhaft werden die Agrarier diesem Rufe folgen, oder sie werden logisch consequent daraus das Recht herleiten, das ihnen bisher auch von den preussischen Ministern bestritten wurde, ganz ebenso wie die Reichsfinanzpolitik auch die Handelspolitik des Reiches zu corrigiren. Die Agrarier in einem Falle zu Hilfe zu rufen und sie im anderen verleugnen, geht nicht an. Auch der zweite Theil der Thronrede, der von den Landwirtschaftskammern und in dunklen Andeutungen von der Hebung des landwirthschaftlichen Credits und einem neuen Agrarrecht handelt, steht in inniger Beziehung zu dem Kampf, den die Conservativen im Reichstage gegen die Handelsverträge führen. Sie sollen im Landtage und durch die Landesgesetzgebung begünstigt und, wenn nicht Alles trägt, auch direct entschädigt werden für das, was sie durch die Handelsverträge zu erleiden vorgeben. Das ist der Kern der Sache: im Reichstage schreiende Opposition, der man zu imponiren versucht; im Landtage vermöhnte und gefürchtete Lieblinge, die man durch Nachgiebigkeit und Wohlthaten zu gewinnen bemüht ist. Das ist eine Politik à deux mains, von der die agrarisch-conservative Opposition den Nutzen und der von ihr bekämpfte Theil der Regierung schließlich den Schaden haben wird.“

Im Herrenhause schlugen die Herren Agrarier einen sehr versöhnlichen Ton gegen die Regierung an, sie formulirten schon die Bedingungen, unter denen der Handelsvertrag mit Rußland anzunehmen gewillt sind. Laßt sich das deutsche Volk zu Gunsten des verschuldeten Grundbesitzes seine Währung ruiniren, dann wollen die Herren auch auf die Verbilligung der Getreibeisätze eingehen. Der Landwirtschaftsminister von Seyden wählte den Agrariern im Herrenhause gegenüber einen ganz anderen Ton, als Caprivi und Marschall im Reichstage anstimmten. Der Gegensatz der ost- und westlichen Grundbesitzer in Preußen trat in der Rede Schorlemer-Mst's klar zu Tage. Interessant waren die sachkundigen Darlegungen Koch's über die Währungsfrage. Aus den ganzen Verhandlungen gewann man den Eindruck, daß der Angriff Manteuffel's ein Lustspiel war, daß die Reichsregierung das Spiel gewonnen hat; die Conservativen sind auf dem besten Wege, wieder gouvernemental zu werden.

Die Reichscommission für Arbeiterstatistik soll, wie Herr von Rottenburg vorgeschlagen will, ihr Thätigkeitsfeld ausdehnen, so daß auch die Verhältnisse von Arbeitern, wie auch die der Bureau-Angestellten, untersucht werden könnten. So erfreulich dies ist, es genügt nicht. Die Commission müßte die Aufgabe erhalten, die Verhältnisse aller Arbeitercategoryen zu untersuchen, vor allem auch die der Landarbeiter. Da gegen werden sich aber der Reichskanzler, Bundesrath und die Agrarier sträuben, denn den Landarbeitern geht es bekanntlich bei den nothleidenden Großgrundbesitzern und unter der Herrschaft der Grundbesitz-Ordnung so gut, daß nicht die mindeste Berücksichtigung vorliegt, mit der Leuchte der Statistik hineinzuleuchten.

Die Viehseuchen-Commission des Reiches nahm am Mittwoch die durch die Weihnachtsferien unterbrochenen Verhandlungen wieder auf. § 44 erhielt auf Antrag von Demitz (cons.) folgenden Zusatz: „Das Hausiren mit Schweinen und Gänzen kann bei größerer Ausdehnung der Seuche an die Bedingungen geknüpft werden, daß die genannten Thiere nur auf Wagen befördert werden.“ — § 45 erhielt auf Antrag des Abgeordneten Humann (Centr.) folgenden Zusatz: „Der Landesgesetzgebung bleibt die Bestimmung überlassen, ob und unter welchen Bedingungen eine Schutzimpfung der der Ansteckung ausgelegten Rindviehbestände polizeilich angeordnet werden darf.“

Angst vor der Reichstagsauflösung. Die monarchisch gesinnten Parteien befürchten, daß die Regierung den Reichstag auflöst, sobald derselbe den deutsch-russischen Handelsvertrag ablehnen würde. Conservative und nationalliberale Blätter drohen der Regierung mit dem Schreckgespenst: Socialdemokratie. Die nationalliberalen Münchener „Neuesten Nachrichten“ schreiben: „... Die Ablehnung aber mit einer Reichstagsauflösung zu beantworten, würde ein enormer politischer Fehler sein. So wichtig ist der Vertrag dem doch nicht, um das Reich neuerdings in aufregende und vergiftende Wahlkämpfe zu stürzen und Reichstagsauflösungen sind kein Kinderpiel, das man alle Augenblicke wiederholen dürfte.“

Daß die Nationalliberalen die Reichstagsauflösung

Der Gouverneur suchte Helene Madinet persönlich auf und bat sie, Sophia Gesellschaft zu leihen. Helene, obgleich selbst hochgradig leidend, willigte freudig ein, und säumte nicht, sich unverzüglich zu der lange und schwer entbehrten Freundin, von deren Wiedererbringgang sie mit Bedauern gehört hatte, zu begeben.

Es war an einem der ersten schönen Tage des neuen Frühlings, als sie unversehens im Stübchen Sophias erschien. Die Gefangene saß auf ihrem gewöhnlichen Plaz am Fenster und schaute hinaus auf den Hof des Gefängnisses, auf dessen Pflaster die Sonne lebendige, schillernde Ringel zeichnete. Die Augen Sophias folgten den Ringeln, doch ohne Interesse, in nachdenklicher Bewegung.

„Sophia, meine liebe, theure Sophia,“ rief Helene, schüchtern aus fröhlicher Rührung hervor, indem sie der Freundin um den Hals fiel.

Sophia betrachtete sie mit einem prüfenden Blicke.

„Meine Helene!“ sagte sie sanft und lächelte sie.

„Wie geht es Dir, meine gute Sophia?“

Die Gefangene schien sich plötzlich aller erlittenen Uebel wieder zu erinnern, ihre Augen füllten sich mit Thränen und weinend barg sie ihr Angesicht an der Brust der treuen Freundin.

„Frage mich nicht, wenigstens jetzt noch nicht,“ erwiderte sie schmerzlich bewegt, „später will ich Dir all's sagen. Erzähle Du mir lieber jetzt, wie es mit den lieben Fremden geht, ich habe so lange nichts von ihnen gehört.“

Helene, indem sie die Freundin wieder für irgend

etwas Theilnahme zeige, hielt mit ihren Auskünften nicht zurück.

„Es sind ja recht keine ganz Reingelitten, die ich bringe,“ plauderte sie, „aber sie werden für Dich immer sehr interessant sein. Erstens, meine Stubengesellschaft, die kleine Victoria.“

„Victoria Gatschakaja?“

„Dieselbe — beste Dir, das kleine Ding konnte das Leben hier nicht ertragen, es sah sich so einsam und war nicht mehr zu beruhigen — vor 14 Tagen haben wir es Morgens an der Thür erhängt.“

„O Himmel!“

„Denn, nicht wahr? Und dann — unser guter Doctor —“

„Doch!“

„Dr. Drollig, mein Herr. Er hat ein sehr schönes Schindal gepolirt. Da erkrankte Dich, daß er verhaftet wurde, weil er einer seiner Frauen das Leben gerettet, d. h. das Reichthum der Stadt ohne Erlaubniß verlaufen hatte!“

„Ja.“

„Kein Mensch dachte natürlich daran, daß ihm irgend eine Strafe treffen könnte. Weit gefehlt! Er wurde zur Verbannung in die Provinz Jakutsk verurtheilt und zwar wurde ihm das in der Reichspolizei gelegene Dorf Berchajansk als Aufenthaltort bestimmt. Warten im Winter — denn die Arbeit ist noch nicht im Frühling zu denken — wurde er hingerichtet und man sagt unter den wilden Jakuten ein jammervolles Dasein führen.“

„Der arme Doctor!“

„Warte nur, es kommt noch besser. Du weißt doch, daß der edle Mann gerade in den Tagen seiner Verbannung seine Frau erwartete?“

„Seine Frau? — Ja, gewiß,“ sagte Sophia sich erinnernd.

„Er lief schon Tage lang in einem Freudenstöße herum, weil sie mit jedem neuen Transport ankommend konnte. Das treue Weib hatte sich, die Schreden des sibirischen Winters nicht scheuend, und nachdem sie sich in Pflege gegeben, einem Verbanntenzug angeschlossen und ertrag müthig alle Leiden und Entbehrungen der ungeheuren Reise, in der frohen Hoffnung, am endlichen Ziele ihr Liebstes auf der Welt, ihren Gatten, zu finden. Vor etwa drei Wochen, gerade acht Tage nach der Fortschaffung ihres Mannes, kam sie an — ich habe sie gesehen, ein liebes, zartes, kleines Weibchen, von dem es geradezu wunderbar war, daß es alle die Gefahren so glücklich zu überstehen vermochte. Ich glaube die Hoffnung allein war es, welche die arme Frau am Leben erhielt und unterwegs ihre Kraft spendete. Denn Dir war das Glückliche — vor Freude ist sie außer sich, als sie hört, hier ist Surgut — sie zittert in gespannter Erwartung, ihren Gatten zu umarmen — und erkrankt sich bei dem Ansprache nach seiner Wohnung in der Meinung, daß nur wenige hundert Schritte noch vom Wiedersehen trennen — da vernimmt sie doch ihr Gatte nicht mehr in Surgut ist, daß sie noch einmal 3000 Meilen zurücklegen müßte, um zu ihm zu gelangen.“

fürchten, glauben wir. Wir fürchten sie nicht und sind jeden Augenblick bereit, in den Wahlkampf einzutreten. Je eher, je besser.

Will der Freisinn wirklich Socialpolitik treiben? Dann und wann sind einzelne Stimmen im freisinnigen Lager ertönt, die den Standpunkt des Gehens- und Geschehens bekämpfen und insbesondere einen h. scheidenden Arbeiterschutz verlangten. Begründet wurde dies meist damit, daß die Partei sonst auch den letzten Arbeiter verliere, der sich noch in ihren Heerbann befinden. Auf dem ersten Parteitage der freisinnigen Volkspartei legte Max Hirsch ein socialpolitisches Programm vor. „Unsinn!“ rief Eugen Richter, und das Programm verschwand wieder. Derselbe Max Hirsch hat vor Kurzem im Berliner Verein Waldeck wiederum für den „weiteren wirtschaftlichen Ausbau“ plädiert und folgende Forderungen erhoben:

1) Bessere Ausrüstung der Jugend für das heutige wirtschaftliche und sociale Ringen durch wesentliche Hebung der Volkseinkommenschule, sowie obligatorische Fortbildungs- und Fachschulen.

2) Volle Durchführung des Coalitionsrechts, auch für die ländlichen Arbeiter und die Dienstboten; gesetzliche Anerkennung der freien Berufsvereine für alle Klassen, zugleich als Handverleiher- und Arbeitervertretung; Abwehr jeder Beeinträchtigung der auf Selbsthilfe beruhenden Gewerkschaften.

3) Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und Ausdehnung derselben auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen; Reform der Gewerbe-Inspection; Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe zu socialen Musterbetrieben.

Gründliche Revision der Arbeiter-Versicherungsgesetze, namentlich in der Richtung größerer Sicherheit, Wirkung und freier Bewegung der Arbeiter. Beseitigung der Mißstände in den Bodenbesitzverhältnissen, insbesondere durch Förderung des kleineren Landwirthes und Bauern, sowie durch Sanitäts- und Steuerreformen.

„Berl. Ztg.“, das Hauptorgan des schwachen linken Flügels im Freisinn, meint, daß die Verammlung, in welcher dieses Programm entwickelt wurde, „einen Markstein in der Fortentwicklung der freisinnigen Volkspartei bilden“ werde. Wir können uns wohl den besonderen Nachweis sparen, daß die obigen Forderungen ungenügend, daß manche darunter auch in ihrer unbestimmten Fassung werthlos sind. Die manchesterliche „Boss. Ztg.“ hat nichts gegen die Forderungen des Herrn Hirsch einzuwenden, natürlich weil sie nichts Greifbares enthalten. Herr Eugen Richter wird schon von Anbeginn an die Forderungen reform als „Unsinn“ aus dem Programm herauswerfen, sobald die Worte einen Inhalt bekommen sollten, er wird vielleicht auch die Phrasen nicht einmal stehen lassen. Wenn der Rhein aufwärts fließt, wird die freisinnige Partei Socialpolitik treiben.

**Bohumerei.** Die bürgerliche Gesellschaft, weil auf Eigennutz gegründet, erzieht ihre Glieder zu allen Handlungen des Eigennutzes; und die hübsche Moral, die sie in der Theorie hat, wird durch die Praxis Lügen gestraft, wodurch jene widerliche Heuchelei entsteht, welche die Signatur unserer modernen Gesellschaft ist. Mit welcher tiefer sittlicher Entrüstung verurtheilt nicht jeder Bourgeois den Betrug. Und wie viele Bourgeois giebt es, die nicht bohumern? Ermischt werden natürlich nur die wenigsten. Und bei Lebzeiten laßt keiner.

Die Fusangel sind selten. Nach dem Tode kommt es aber mitunter an den Tag, freilich auch nur in Ausnahmefällen, und meist nur, wo es sich um große Vermögen handelt. So berichten jetzt die „Dresdener Nachrichten“, daß in Sachsen von dem Vermögen eines verstorbenen Großkaufmanns 500 000 Mark, und von dem eines verstorbenen Großrestaurateurs 400 000 Mark „hinterzogene“ Einkommensteuer nachgezahlt werden müssen.

Diese zwei Verstorbenen waren jedenfalls bei Lebzeiten geachtete Stützen der Gesellschaft. Wehe dem, der ihre Ehrenhaftigkeit bezweifelt hätte. Und auch wer sie heute als Betrüger erklärte, wäre vor Strafe nicht sicher.

**Ausland.**

**England.**

Die englische Schiedsgerichts-Commission von vierzehn Delegirten der Grubenbesitzer und Bergleute, welche auf Grund des bei Beendigung des Kohlenstreiks vereinbarten Abkommens vom 1. Februar ab alle Lohnfragen und sonstigen Streitigkeiten zwischen beiden Parteien schlichten soll, trat am 15. d. Mts. in London zu einer Sitzung zusammen, vertagte sich aber nach längerer Berathung bis zum 18. Februar, nachdem man über alle streitigen Punkte zu einer Einigung gelangt war, mit Ausnahme der Fragen über die Preisgrenze bei künftigen großen Lieferungsverträgen und über einen damit eng zusammenhängenden Minimallohnfuß. Die Vertagung, ohne über diese allerdings hauptsächlichsten Punkte zu einer Verständigung gekommen zu sein, darf indessen keineswegs als Anzeichen dafür betrachtet werden, daß dieses Schiedsgericht von vornherein seinen Zweck verfehlen dürfte. Es liegt vorläufig kein dringender Anlaß vor, die Lohnfrage sofort zur Entscheidung zu bringen, da die Grubenbesitzer bei den gegenwärtig herrschenden hohen Kohlenpreisen auch sehr wohl im Stande sind, auch nach dem 1. Februar die bisherigen Lohnsätze zu zahlen, bis zu welchem Datum sie kraft des Abkommens vom November eigentlich nur zur Zahlung derselben verpflichtet waren. Ueber die Person des Vorsitzenden dieser Schiedsgerichtscommission konnte man sich nicht einigen und hat darum, wie für einen solchen Fall im Voraus abgemacht war, den Sprecher der Arbeitervereine die Vertreter der Bergleute verlangen bekanntlich, daß vor Allem ein Minimallohnfuß festgestellt werden soll, der um 30 Procent höher ist, als der im Januar 1888 vereinbarte.

**Italien.**

Das Crispische Reptilvolk verbreitet noch immer, de Felice habe einen förmlichen Insurrectionenplan gemacht, und zwar in Gemeinschaft mit Cipriani, der die finanzielle Unterstützung der französischen Socialisten in Aussicht gestellt habe. Wir sind, auf genaue Kenntniß der Personen und Verhältnisse hin, in der Lage, diese Behauptung nochmals und formell für eine Lüge erklären zu können. Beachtenswerth ist das Urtheil der „Frankfurter Zeitung“ über die Situation in Italien. Das Blatt schreibt:

So weit hat es also der glorreiche Militarismus glücklich gebracht, daß er den ruhigen Bürger nicht mehr wirksam schützen und den Aufruhr nicht mehr sofort nachhaltig unterdrücken kann. Begreiflich ist dies allerdings. Die Regierung hat zuerst 66 000 Mann nach Sicilien schicken müssen, dann mußte sie für Verstärkungen in Unteritalien sorgen, und da es in ganz Italien gähret, kann sie nirgends Soldaten entbehren, ohne sich in hohem Grade zu schwächen. Bemerkenswert ist, daß es bis jetzt nur in den alten Gebietsstellen zu Unruhen gekommen ist; in Sicilien, im Königreich Neapel und in den Herzogthümern; außerdem gähret es am meisten in dem ehemaligen Kirchenstaat, in Toscana, zum Theil auch in der Lombardie und in Venetien. Das will heißen, daß die Leute dort sich dem durch das Haus Savoyen gegründeten neuen Italien beifolger angegeschlossen haben, weil sie vor ihm eine Besserung ihrer Lage erblickten, daß sie dann aber auch zuerst die Geduld verloren, als sie sich nach langem Warten überzeugt hatten, daß sie in einer sehr schweren Täuschung begriffen waren. Darin liegt die große Gefahr der gegenwärtigen Krisis. Es handelt sich nicht um vereinzelte Putzsch, sondern um einen allgemeinen höchst bedenklichen Zustand, dessen Aeußerungen, wenn sie sich nun schon einmal in Thaten umzusetzen beginnen, leicht den Anfang zu historischen Umwälzungen bilden können. Man soll sich in der Consulta und auch im Quirinale nur nicht einreden, daß irgend etwas erreicht sei, wenn wieder einmal, wie man in den letzten Tagen so oft lesen konnte, die Ruhe wieder hergestellt ist. Die Wiederherstellung der Ruhe ist das Geringste, was die Staatsgewalt leisten muß; die Hauptsache ist, solche Zustände zu schaffen, daß es den Leuten nicht mehr einfällt, die Ruhe zu stören. Bis jetzt aber wartet die Welt immer noch auf den Beweis, daß man in Rom bis zu dieser Erkenntniß durchgedrungen ist.

Aus Italien liegen heute die folgenden Depeschen vor:

Rom, 17. Januar. Die Stadt Massa wurde in der vergangenen Nacht von Truppen bewacht; in Carrara sind drei weitere Compagnien eingetroffen. Die Municipalität von Carrara hat eine Proclamation an die Einwohnerlichkeit erlassen, in welcher sie dieselbe zur Ruhe und Achtung vor den Gesetzen auffordert. Die streikenden Marmorarbeiter zwingen die noch arbeitenden, die Arbeit einzustellen. In Folge des gestrigen Zusammenstoßes vor den Stadthoren verbargen sich 80 „Archite“ in den Häusern von Massa wo sie verborgen wurden. Die Truppen verfolgen die Ruhestörer ins Gebirge.

Auf Sicilien herrscht weiter Ruhe; die Entwaffnung wird fortgesetzt.

Rom, 18. Januar. In politischen Kreisen wird die Behauptung des Belagerungsanandes über Massa nicht übereinstimmend beurtheilt. Die „Tribuna“ schreibt, es mache sich im Cabinet eine partielle Krisis ausbreiten.

**Schweden.**

Der Militarismus in Schweden und Norwegen. In der Thronrede, mit welcher heute in Stockholm der Reichstag eröffnet wurde, wurden unter Anderem als neue Einnahmequellen die Einführung einer Erbschaftsteuer und die Erhöhung der Stempelsteuer vorgeschlagen. In dem dem Reichstag vorgelegten Budget verlangt die Regierung Crede in Höhe von 10 622 000 Kronen, welche auf fünf Jahre vertheilt werden sollen, darunter 2 500 000 Kronen für das Jahr 1895 zur Entwicklung des Seeverteidigungs-Materials. So will es der bewaffnete Friede!

**Das Nest auf dem Asphalt.**

Von Eduard Rabos.

(Aus dem Ungarischen von W. Walter.)

Nachdruck verboten

Vor dem Kaffeehause blieben die Stühle und Tische auch Nachts über draußen stehen, und die kleine Asphaltfläche vor den geschlossenen Thüren, welche von künstlich gezogenen Sträuchern umsäumt war, gleich einem kleinen verlassenen Nest. Von dem bunten Getriebe, das ich Tag für Tag bewunderte, wenn ich an dem Kaffeehause vorbeiging, war jetzt gar nichts dort. Die schlafenden Dämchen und herumlungern den jungen Männer, die in diesem Nest ihre Nachmittage zubringen pflegten, lagen jetzt wahrscheinlich in tiefem Schlummer, und das Nest stand einsam, leer und verlassen.

Nun, wenn die Stühle wirklich draußen stehen, sehe ich nicht ein, weshalb denn ich nicht dieses liebe Nestchen aufsuchen und darin ausruhen sollte?

Die Hitze ließ auch während der Nacht nicht nach. Die colossalen Häusermassen der Andranystraße dampften geradezu, als sie die Tage über in sich gesogene Wärme wieder ausstrahlten. Es schien, als ob die Himmelsdecke, die streubefast über der Straße sich ausbreitete, flattere, wenn die schwere Luft in Folge eines schnelljahrenden Fisches zu wogen begann; um die Gasflammen herum schien Nebel sich auszubreiten; in Wirklichkeit aber war es nur das lästige Spiel der Luft.

Die Barrikaden von Stühlen, die auf die Tische gestellt waren, sonderten eine Ecke des Nestes völlig ab; das war ein wahrhaftiges kleineres Nest im Nest, wo immer die Nacht ganz unbemerkt zubringen konnte. In dieses Nest verzog ich mich und war entschlossen, dort bis zum Morgen zu bleiben; ich hob einen Stuhl herunter und setzte mich nieder: nun habe ich auch „Nachtlager“.

Von jenseits der Straße hörte man gedämpftes Lärmen; das Komödianten-Volk der Ringeltangel amüßte sich in seiner Stammkneipe. Zuweilen drang das entstellte Gelächter eines Frauenzimmers herüber, dann sah ich ein Pärchen in einen Jaster steigen, der in der Richtung des Stadtwaibchens davonfuhr. . . bald folgte wieder Stille, so daß ich das Geheiß irgend einer zerkenden Gesellschaft um so mehr zu hören vermochte. Müdig aber gewöhnte ich mich völlig an das sich widersprechende Lärmen; es kam mir in den Sinn, daß ich einst in einer Fabrik wohnte, in der ich ohne das störende Geräusch der Maschinen nicht einschlafen konnte; blieben die Maschinen zufällig Nachts einmal stehen, so empfand ich das unbewußt und erwachte sogar aus dem Schlaf. — Nach und nach schlieferte mich das Lärmen des Komödianten-Volkes ein: in meinem Nest sitzend schloß ich die Augen.

Ich glaube, ein Traum behelligte mich: meine Mutter stand mit thranenden Augen vor mir und tadelte mich, weil ich auf meine Gesundheit nicht genug Acht gebe; ich sei ohnedies immer schwächlich gewesen, und durchwache dennoch die Nächte, fortwährend durch-

wache ich sie! Mir war so, als ob meine Mutter die Hand auf meinen Kopf legte und ich wähte auch ihr leises, abgebrochenes Weinen zu hören.

Blötzlich fuhr ich in Folge nahender Schritte empor; ein junges Mädchen eilte aus der Richtung der Kneipe, in der das Comödianten-Völklein sich amüßte, herbei und schlürfte rasch hinter den Baum, den die künstlich gezogenen Sträucher bildeten. Dem Lichte einer Gasflamme erkannte ich das Mädchen; es war die kleine Blumenverkäuferin mit Namen Lidi, die ich oftmals in den größeren Ringeltangeln gesehen hatte. Schau, schau, ich bekomme ja einen Gefährten in's Nest! Wie, hatte denn die Kleine kein Nachtlager? Zum Teufel auch, dann müßte ja die Kasse der Ringeltangel-Cavaliere schon ausgegeben sein! Denn die kleine Lidi ist, trotz der abscheulichen Schminke, mit der sie sich nur aus Gewohnheit verurtheilt, ein sehr schönes Mädchen. . .

In Uebriken kann es mir ja recht sein; ich werde doch nicht beweinen, daß jene Kasse von Cavaliere auslirt. In Ermittelung eines Besseren werde ich der „Gallie“ sein.

Leise mußte ich mich erheben, doch es wurden neuerdings Schritte hörbar, und während ich mit verhaltenem Athem auf meinem Platz blieb, näherte ein Mann sich Lidi; ich sah ihn gut gesehen: Jazon Jafos, der ewige studiosus juris, der Rattenweiser, der Lump war es. . . Wäre das Lidi Liebhaber? Und das hier ein Stellbischen? Nur so passen wir doch einmal auf.

(Schluß folgt.)

Es ist klar, daß der Arbeitgeber bei Abschluß des Vertrages mit dem Arbeitnehmer wegen dessen etwa vorhandener Familie keinerlei Verpflichtung eingegangen ist. Die von ihm zu Abende formelle Berechtigung kann sich demnach auch nur auf die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtung erstrecken. Ist dagegen von prinzipieller Berechtigung und vom Recht zu leben oder vom Recht an die Gesellschaft die Rede, so betrifft sie die staatlich-gesellschaftliche Gesetzgebung und Ordnung, nicht aber den Geschäftsunternehmer und Arbeitgeber. Dieser wird nie mehr Lohn zahlen, als er unter den gegebenen Umständen zahlen muß um die ihm nöthigen Arbeitskräfte zu bekommen. Das ist ein für allemal wohl zu merken.

Das bisher Gesagte könnte nun Manchem antisocialistisch vorkommen, ist aber erst recht socialistisch. Wer darüber noch nicht im Klaren ist, jedoch nun ruhig darüber nachdenkt, der wird das Ausgesprochene gewiß als im Sinne der Socialdemokratie finden und daraus für immer sich die Lehre einprägen: Von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist nie und nimmer eine Erlösung des Lohnarbeiters zu erhoffen.

Lohnstrücker.  
Ach! heißt das Leben noch,  
Tag über ohne Raft,  
Zu werden um ein Loch!  
Sich sehnen nach der Last?

### Politische Rundschau. Deutschland.

Die Situation im preussischen Landtage schildert der Berliner Correspondent der „Frankf. Zeitung“ in unseres Erachtens recht zutreffender Weise. Er schreibt: „Es giebt unglaublich viel Landräthe in dem neuen Abgeordnetenhanse, und viele, die es nicht sind, sind es früher einmal gewesen, oder werth, es zu sein. Der Landrath erscheint aber in neuer Form: er schweigt, wenn Se. Majestät die Thronrede verliest, selbst bei den Stellen, wo der Monarch die Stimme hebt und eine bezeichnende Pause macht. Das ist ein hereditäres Schweigen und berechtigte Schlüsse auf unsere ganze politische Situation und auf den Umwandlungsproceß, der sich in der conservativen Partei vollzieht, lassen sich daraus herleiten. Es sieht ja in den conservativen Agrariern, für die der stliche Landrath als erwählter Volksvertreter typisch ist, noch immer ein Rest von dem royalistischen Vasallenverhältniß zur Krone aber nur noch insofern, als die Kreise der adligen Grundbesitzer, aus denen sich die Partei rekrutirt, die Vortheile jenes alten Verhältnisses in Staats- und Militärdienst und in Bevorzugung in der Gesetzgebung auch jetzt noch in Anspruch nehmen. Die frühere politische Gefolgschaft aber verweigern sie, und die Umwandlung der Partei, die einst auf dem Grundjage „Autorität, nicht Majorität“ fußte, in eine das parlamentarische System und seine Konsequenzen gegen eine unbehagliche Regierung anwendende politische Partei ist so ziemlich vollzogen. Durch schöne Worte und gehaltvolle Beripprechungen, selbst wenn sie aus hohem Munde in der Thronrede erfolgen, lassen sich die Conservativen selbst nicht einmal zu dem conventiellen Bravo hinarbeiten. Sie treten im Gefühl

ihrer großen Zahl mit entschiedenen Oppositionsgelassen in die neue Legislaturperiode ein, entschlossen, vom Landtage aus den Gang der Reichspolitik zu beeinflussen und dem besagten Manne, dem Reichskanzler, das politische Dasein so schwer wie möglich zu machen. Man unterschätze nicht den Einfluß, den auf die Dauer der Landtag des größten Bundesstaates auszuüben vermag, in dessen Herrenhaus das preussische Junkerthum domirt und in dessen Abgeordnetenhaus es beinahe schon für sich allein die Mehrheit bildet, während der entschiedene Liberalismus nur durch 20, schreibende zwanzig Männer vertreten wird, die dadurch nicht imponirender wirken, daß sie sich in zwei Gruppen von vierzehn und sechs theilen. Mit dem in der Bismarck'schen Zeit allenfalls gerechtfertigten Hinweis, daß ein kräftiger Wind von obenher die agrarischen Gelüste bändigen könne, ist es jetzt nicht mehr gethan. Selbst wenn die Regierung, was sehr fraglich und Angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine nicht ganz leichte Zumuthung ist, sich zur Energie gegen die Conservativen aufraffe, so steht der Erfolg noch sehr dahin. Die Männer, die jetzt am Ruder sind, verbreiten keinen Schrecken, und ultra posse nemo obligatur. (Ueber das Können hinaus ist Niemand verpflichtet.) Dieses Abgeordnetenhaus, das jetzt beim Beginn einer fünfjährigen Thätigkeit steht, kann negativ durch Beeinflussung der Reichspolitik schließlich doch Manches anrichten, und es wird positiv durch Kunststücke agrarischer Gesetzgebung sein Gedächtniß in der parlamentarischen Geschichte Preußens sichern. Ist es nicht in hohem Grade bedenklich, daß schon die Thronrede eine unzweideutige Wechselwirkung zwischen diesem Landtage und der Reichspolitik einleitet? Vollständig den bekannten Intentionen des Finanzministers Miquel entsprechend, wird der Landtag durch eine darauffhin zugeschnittene Finanzlage zur Einwirkung auf die Entschliessungen des Reichstages über die neuen Reichssteuern aufgerufen. Unzweifelhaft werden die Agrarier diesem Rufe folgen, oder sie werden logisch consequent daraus das Recht herleiten, das ihnen bisher auch von den preussischen Ministern bestritten wurde, ganz ebenso wie die Reichsfinanzpolitik auch die Handelspolitik des Reiches zu corrigiren. Die Agrarier in einem Falle zu Hilfe zu rufen und sie im anderen verleugnen, geht nicht an. Auch der zweite Theil der Thronrede, der von den Landwirtschaftskammern und in dunklen Andeutungen von der Hebung des landwirthschaftlichen Credits und einem neuen Agrarrecht handelt, steht in inniger Beziehung zu dem Kampf, den die Conservativen im Reichstage gegen die Handelsverträge führen. Sie sollen im Landtage und durch die Landesgesetzgebung begünstigt und, wenn nicht Alles trägt, auch direct entschädigt werden für das, was sie durch die Handelsverträge zu erleiden vorgeben. Das ist der Kern der Sache: im Reichstage schreiende Opposition, der man zu imponiren versucht; im Landtage verwöhnte und gefürchtete Lieblinge, die man durch Nachgiebigkeit und Wohlthaten zu gewinnen bemüht ist. Das ist eine Politik à deux mains, von der die agrarisch-conservative Opposition den Nutzen und der von ihr bekämpfte Theil der Regierung schließlich den Schaden haben wird.“

Im Herrenhause schlugen die Herren Agrarier einen sehr versöhnlichen Ton gegen die Regierung an, sie formulirten schon die Bedingungen, unter denen den Handelsvertrag mit Rußland anzunehmen gewillt sind. Läßt sich das deutsche Volk zu Gunsten des verschuldeten Grundbesitzes seine Währung ruiniren, dann wollen die Herren auch auf die Verbilligung der Getreibeizölle eingehen. Der Landwirtschaftsminister v. Heyden wählte den Agrariern im Herrenhause gerade über einen ganz anderen Ton, als Caprivi und Reichsall im Reichstage anschlugen. Der Gegensatz der ost- und westfälischen Grundbesitzer in Preußen trat der Rede Schorlemer-Mst's klar zu Tage. Interessant waren die sachkundigen Darlegungen Koch's über die Währungsfrage. Aus den ganzen Verhandlungen gewann man den Eindruck, daß der Angriff Mantuffel ein Lustspiel war, daß die Reichsregierung das Spiel gewonnen hat; die Conservativen sind auf dem besten Wege, wieder gouvernemental zu werden.

Die Reichscommission für Arbeiterstatistik soll, Herr von Rottenburg vorschlagen will, ihr Thätigkeitssfeld ausdehnen, so daß auch die Verhältnisse von Lehrern, wie auch die der Bureau-Angestellten, untersucht werden könnten. So erfreulich dies ist, es nützt nicht. Die Commission müßte die Aufgabe erhalten, die Verhältnisse aller Arbeitercategorias zu untersuchen, vor allem auch die der Landarbeiter. Gegen werden sich aber der Reichskanzler, Bundsrath und die Agrarier sträuben, denn den Landarbeitern geht es bekanntlich bei den nothleidenden Großgrundbesitzern und unter der Herrschaft der Grundbesitz-Ordnung so gut, daß nicht die mindeste Berathung vorliegt, mit der Leuchte der Statistik etwas hineinzuleuchten.

Die Viehseuchen-Commission des Reichstages nahm am Mittwoch die durch die Weihnachtsferien unterbrochenen Verhandlungen wieder auf. § 44a hielt auf Antrag von Demis (cons.) folgenden Zusatz: „Das Hausiren mit Schweinen und Gänzen kann in größerer Ausdehnung der Seuche an die Bedingungen geknüpft werden, daß die genannten Thiere nur auf Wagen befördert werden.“ — § 45 erhielt auf Antrag des Abgeordneten Humann (Centr.) folgenden Zusatz: „Der Landesgesetzgebung bleibt die Bestimmung überlassen, ob und unter welchen Bedingungen eine Schukimpfung der der Ansteckung ausgelegten Rindviehbestände polizeilich angeordnet werden darf.“

Angst vor der Reichstagsauflösung. Die monarchisch gesinnten Parteien befürchten, daß die Regierung den Reichstag auflöst, sobald derselbe den deutsch-russischen Handelsvertrag ablehnen würde. Conservative und nationalliberale Blätter drohen der Regierung mit dem Schredgespenst: Socialdemokratie. Die nationalliberalen Münchener „Neuesten Nachrichten“ schreiben: „... Die Ablehnung aber mit einer Reichstagsauflösung zu beantworten, würde ein enormer politischer Fehler sein. So wichtig ist der Vertrag, denn doch nicht, um das Reich neuerdings in aufregende und vergiftende Wahlkämpfe zu stürzen und Reichstagsauflösungen sind kein Kinderpiel, das man alle Augenblicke wiederholen dürfte.“

Daß die Nationalliberalen die Reichstagsauflösung

Der Gouverneur suchte Helene Machtet persönlich auf und bat sie, Sophia Gesellschaft zu leihen. Helene, obgleich selbst hochgradig leidend, willigte freudig ein, und sammelte nicht, sich unverzüglich zu der lange und schwer entbehrten Fremdbin, von deren Wiedererbringung sie mit Bedauern gehört hatte, zu begeben.

Es war an einem der ersten schönen Tage des neuen Frühlings, als sie unter Lebens im Stübchen Sophias erschien. Die Gefangene saß auf ihrem gewöhnlichen Plaz an Fenster und schaute hinaus auf den Hof des Gefängnisses, auf dessen Plaster die Sonne leuchtete, schillernde Spiegel zeichnete. Die Augen Sophias folgten den Ringeln, doch ohne Interesse, in mechanischer Bewegung.

„Sophia, meine liebe, theure Sophia,“ rief Helene, schlingend aus fremdiger Nahrung, hervor, indem sie der Fremdbin um den Hals fiel.

Sophia betrachtete sie mit einem prüfenden Blick.

„Meine Helene!“ sagte sie laut und küßte sie.

„Wie geht es Dir, meine gute Sophia?“

Die Gefangene schien sich plötzlich aller erlittenen Uebel wieder zu erinnern, ihre Augen füllten sich mit Thränen und weinend blickte sie ihr Köpfechen an der Brust der treuen Fremdbin.

„Frage mich nicht, wenigstens jetzt noch nicht,“ erwiderte sie schmerzlich bewegt, „später will ich Dir all's sagen. Erzähle Du mir lieber jetzt, wie es anderen heiliger Fremden geht, ich habe so lange nichts von ihnen gehört.“

Helene, erzählte daß die Kranke wieder für irgend

etwas Theilnahme zeige, hielt mit ihren Auskünften nicht zurück.

„Es sind freilich keine guten Nachrichten, die ich bringe,“ plauderte sie, „aber sie werden für Dich immer noch interessant sein. Erzähl, meine Stubengefährtin, die kleine Victoria.“

„Victoria Selofskaja?“

„Die selbe — denke Dir, das kleine Ding konnte das Leben hier nicht ertragen, es fühlte sich so einsam und war nicht mehr zu beruhigen — vor 14 Tagen fanden wir es Morgens an der Thür erhängt.“

„O Himmel!“

„Traurig, nicht wahr? Und das — unser guter Doctor —“

„Doch?“

„Dr. Bock, mein Herr. Er hat ein sehr scharfes Schwert gehabt. Da erkannte Dich, daß er verhaftet wurde, weil er einer armen Frau das Leben gerettet, h. h. das Reichthum der Stadt ohne Erlaubniß verlaufen hatte!“

„Ja.“

„Kein Mensch dachte nachmalig daran, daß ihn irgend eine Strafe treffen würde. Weit gefehlt! Er wurde zur Verbannung in die Provinz Jakutsk verurtheilt und zwar wurde ihm das in den Reichspolizeibehörden gelegene Dorf Verchajansk als Aufenthaltort bestimmt. Wären im Winter — denn da oben ist noch nicht an Frühling zu denken — wurde er hangebracht und man jetzt unter dem weißen Juchten ein jämmerliches Dasein führt.“

„Der arme Doctor!“

„Warte nur, es kommt noch besser. Du weißt doch, daß der edle Mann gerade in den Tagen seiner Verhaftung seine Frau erwartete?“

„Seine Frau? — Ja, gewiß,“ sagte Sophia sich erinnernd.

„Er lief schon Tage lang in einem Freudensturm herum, weil sie mit jedem neuen Transport ankommen konnte. Das treue Weib hatte sich, die Schreden des sibirischen Winters nicht scheuend, und nachdem sie in Stab in Pflege gegeben, einem Verbanntenzug angeschlossen und ertrag muthig alle Leiden und Entbehrungen der ungeheuren Reise, in der frohen Hoffnung, am nächsten Ziele ihr Liebstes auf der Welt, ihren Gatten, zu finden. Vor etwa drei Wochen, gerade acht Tage vor der Fortschaffung ihres Mannes, kam sie an — ich habe sie gesehen, ein liebes, zartes, kleines Weibchen, so dem es geradezu wunderbar war, daß es alle die Gefahren so glücklich zu überstehen vermochte. Ich glaubte die Hoffnung allein war es, welche die arme Frau am Leben erhielt und unterwegs ihre Kraft spendete. Denn Dir war das Gräßliche — vor Freude ist sie auch nicht, als sie hörte, hier ist Surgut — sie zitterte in gespannter Erwartung, ihren Gatten zu umarmen — erkundigte sich bei dem Ispravnik nach seiner Wohnort in der Meinung, daß nur wenige hundert Schritte noch vom Wiedersehen trennten — da vernahm sie, daß ihr Gatte nicht mehr in Surgut ist, daß sie einmal 3000 Wersten zurücklegen müßte, um zu ihm zu gelangen.“

fürchten, glauben wir. Wir fürchten sie nicht und sind jeden Augenblick bereit, in den Wahlkampf einzutreten. Je eher, je besser.

Will der Freisinn wirklich Socialpolitik treiben? Dann und wann sind einzelne Stimmen im freisinnigen Lager ertönt, die den Standpunkt des Gehens und Geschehens bekämpfen und insbesondere einen h. scheidenden Arbeiterschut verlangten. Begründet wurde dies meist damit, daß die Partei sonst auch den letzten Arbeiter verliere, der sich noch in ihren Heerbann finde. Auf dem ersten Parteitage der freisinnigen Volkspartei legte Max Hirsch ein socialpolitisches Programm vor. „Unsinn!“ rief Eugen Richter, und das Programm verschwand wieder. Derselbe Max Hirsch hat vor Kurzem im Berliner Verein Waldeck wiederum für den „weiteren wirtschaftlichen Ausbau“ plädiert und folgende Forderungen erhoben:

- 1) Bessere Ausrüstung der Jugend für das heutige wirtschaftliche und sociale Ringen durch wesentliche Erhebung der Volkseinkeltsschule, sowie obligatorische Fortbildungs- und Fachschulen.
- 2) Volle Durchführung des Coallitionsrechts, auch für die ländlichen Arbeiter und die Dienstboten; gesetzliche Anerkennung der freien Berufsvereine für alle Klassen, zugleich als Handverlei- und Arbeitervertretung; Abwehr jeder Beeinträchtigung der auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften.
- 3) Ausbau der Arbeiterschut-Gesetzgebung und Ausdehnung derselben auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen; Reform der Gewerbe-Inspection; Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe zu socialen Musteranstalten.
- 4) Gründliche Revision der Arbeiter-Versicherung-Gesetze, vornehmlich in der Richtung größerer Sicherung, narkiver Mitwirkung und tieferer Bewegung der Arbeiter.
- 5) Bekämpfung der Mißstände in den Bodenbesitz- und Wohnungs-Verhältnissen, insbesondere durch Förderung des Bodenerwerbs seitens kleinerer Landwirthe und Bau-genossenschaften, sowie durch Sanitäts- und Steuer-Reformen.

Die „Berl. Ztg.“, das Hauptorgan des schwachen demokratischen Flügels im Freisinn, meint, daß die Verammlung, in welcher dieses Programm entwickelt wurde, „einen Markstein in der Fortentwicklung der freisinnigen Volkspartei bilden“ werde. Wir können uns wohl den besonderen Nachweis sparen, daß die obigen Forderungen ungenügend, daß manche darunter auch in ihrer unbestimmten Fassung wertlos sind. Die manchesterliche „Boss. Ztg.“ hat nichts gegen die Forderungen des Herrn Hirsch einzuwenden, natürlich weil sie nichts Greifbares enthalten. Herr Eugen Richter wird schon den Arbeiterschut und die Wohnungsreform als „Unsinn“ aus dem Programm herausmerken, sobald die Worte einen Inhalt bekommen sollten, er wird vielleicht auch die Phrasen nicht einmal stehen lassen. Wenn der Rhein aufwärts fließt, wird die freisinnige Partei Socialpolitik treiben.

Bohumerei. Die bürgerliche Gesellschaft, weil auf Eigennutz gegründet, erzieht ihre Glieder zu allen Handlungen des Eigennutzes; und die hübsche Moral, die sie in der Theorie hat, wird durch die Praxis Lügen gestraft, wodurch jene widerliche Heuchelei entsteht, welche die Signatur unserer modernen Gesellschaft ist. Mit welcher leiser sittlicher Entrüstung verurtheilt nicht jeder Bourgeois den Betrug. Und wie viele Bourgeois giebt es, die nicht bohumern? Erwischt werden natürlich nur die wenigsten. Und bei Verbreitern ist kein

Die Fusangel sind selten. Nach dem Tode kommt es aber mitunter an den Tag, freilich auch nur in Ausnahmefällen, und meist nur, wo es sich um große Vermögen handelt. So berichten jetzt die „Dr. Adener Nachrichten“, daß in Sachsen von dem Vermögen eines verstorbenen Großkaufmanns 500 000 Mark, und von dem eines verstorbenen Großrestaurateurs 400 000 Mark „hinterzogene“ Einkommensteuer nachgezahlt werden müssen.

Diese zwei Verstorbenen waren jedenfalls bei Lebzeiten geachtete Stützen der Gesellschaft. Wehe dem, der ihre Ehrenhaftigkeit bezweifelt hätte. Und auch wer sie heute als Betrüger erklärte, wäre vor Strafe nicht sicher.

**Ausland.**

**England.**

Die englische Schiedsgerichts-Commission von vierzehn Delegirten der Grubenbesitzer und Bergleute, welche auf Grund des bei Beendigung des Kohlenstreiks vereinbarten Abkommens vom 1. Februar ab alle Lohnfragen und sonstigen Streitigkeiten zwischen beiden Parteien schlichten soll, trat am 15. d. Mts. in London zu einer Sitzung zusammen, vertagte sich aber nach längerer Berathung bis zum 18. Februar, nachdem man über alle freilichen Punkte zu einer Einigung gelangt war, mit Ausnahme der Fragen über die Preisgrenze bei künftigen großen Lieferungsverträgen und über einen damit eng zusammenhängenden Minimallohnsatz. Die Vertagung, ohne über diese allerdings hauptsächlichsten Punkte zu einer Verständigung gekommen zu sein, darf indessen keineswegs als Anzeichen dafür betrachtet werden, daß dieses Schiedsgericht von vornherein seinen Zweck verfehlen dürfte. Es liegt vorläufig kein dringender Anlaß vor, die Lohnfrage sofort zur Entscheidung zu bringen, da die Grubenbesitzer bei den gegenwärtig herrschenden hohen Kohlenpreisen auch sehr wohl im Stande sind, auch nach dem 1. Februar die bisherigen Lohnsätze zu zahlen, bis zu welchem Datum sie kraft des Abkommens verpflichtet waren. Ueber die Person des Vorsitzenden dieser Schiedsgerichtskommission konnte man sich nicht einigen und hat darum, wie für einen solchen Fall im Voraus abgemacht war, den Sprecher des Unterhauses um die Ernennung eines solchen Unparteiischen ersucht. Die Vertreter der Bergleute verlangen bekanntlich, daß vor Allem ein Minimallohn festgesetzt werden soll, der um 30 Procent höher ist, als der im Januar 1888 vereinbarte.

**Italien.**

Das Crispijische Heptilvolk verbreitet noch immer, de Felice habe einen förmlichen Insurrectioneplan gemacht, und zwar in Gemeinschaft mit Cipriani, der die finanzielle Unterstützung der französischen Socialisten in Aussicht gestellt habe. Wir sind, auf genaue Kenntniß der Personen und Verhältnisse hin, in der Lage, diese Behauptung nochmals und formell für eine Lüge erklären zu können. Beachtenswerth ist das Urtheil der „Frankfurter Zeitung“ über die Situation in Italien. Das Blatt schreibt:

So weit hat es also der glorreiche Militarismus glücklic gebracht, daß er den ruhigen Bürger nicht mehr wirksam schrecken und den Aufruhr nicht mehr sofort nachhaltig unterdrücken kann. Begreiflich ist dies allerdings. Die Regierung hat zuerst 66 000 Mann nach Sicilien schicken müssen, dann mußte sie für Verstärkungen in Unteritalien sorgen, und da es in ganz Italien gährte, kann sie nirgends Soldaten entbehren, ohne sich in hohem Grade zu schwächen. Bemerkenswert ist, daß es bis jetzt nur in den alten Gebietsstellen zu Unruhen gekommen ist; in Sicilien, im Königreich Neapel und in den Herzogthümern; außerdem gährt es am meisten im ehemaligen Kirchenstaat, in Locca, zum Theil auch in der Romagna und in Venetien. Das will heißen, daß die Leute dort sich dem durch das Haus Savoyen gegründeten neuen Italien beizugehörten angeschlossen haben, weil sie von ihm eine Besserung ihrer Lage erhofften, daß sie dann aber auch zuerst die Geduld verloren, als sie sich nach langem Warten überzeugt hatten, daß sie in einer sehr schweren Täuschung begriffen waren. Darin liegt die große Gefahr der gegenwärtigen Krise. Es handelt sich nicht um vereinzelte Putschs, sondern um einen allgemeinen höchst bedenklichen Zustand, dessen Ausbreitungen, wenn sie sich nun schon einmal in Thaten umzusetzen beginnen, leicht den Anfang zu historischen Umwälzungen bilden können. Man soll sich in der Conlulia und auch im Quirinale nur nicht einreden, daß irgend etwas erreicht sei, wenn wieder einmal, wie man in den letzten Tagen so oft lesen konnte, „die Ruhe wieder hergestellt“ ist. Die Wiederherstellung der Ruhe ist das geringste, was die Staatsgewalt leisten muß; die Hauptsache ist, solche Zustände zu schaffen, daß es den Leuten nicht mehr einfällt, die Ruhe zu stören. Bis jetzt aber wartet die Welt immer noch auf den Beweis, daß man in Rom bis zu dieser Erkenntniß durchgedrungen ist.

Aus Italien liegen heute die folgenden Depeschen vor:

Rom, 17. Januar. Die Stadt Massa wurde in der vergangenen Nacht von Truppen bewacht; in Carrara sind drei weitere Compagnien eingetroffen. Die Municipalität von Carrara hat eine Proclamation an die Einwohnerschaft erlassen, in welcher sie dieselbe zur Ruhe und Achtung vor den Befehlen auffordert. Die streikenden Marmorarbeiter zwingen die noch arbeitenden, die Arbeit einzustellen. In Folge des gestrigen Zusammenstoßes vor den Stadtböden verbargen sich 80 „Architekten“ in den Häusern von Massa wo sie verhaftet wurden. Die Truppen verfolgen die Aufständischen ins Gebirge.

Auf Sicilien herrscht weiter Ruhe; die Entwaffnung wird fortgesetzt.

Rom, 18. Januar. In politischen Kreisen wird die Verhängung des Belagerungszustandes über Massa nicht übereinstimmend beurtheilt. Die „Tribuna“ schreibt, es mache sich im Cabinet eine starke Strömung gegen die neuen Steuern bemerkbar. Man befürchtet, daß noch vor Beginn des Parliaments eine partielle Krise ausbricht.

**Schweden.**

Der Militarismus in Schweden und Norwegen. In der Thronrede, mit welcher heute in Stockholm der Reichstag eröffnet wurde, wurden unter Anderem als neue Einnahmequellen die Einführung einer Erbschaftssteuer und die Erhöhung der Stempelsteuer vorgeschlagen. Dem dem Reichstag vorgelegten Budget verlangt die Regierung Creite in Höhe von 10 622 000 Kronen, welche auf fünf Jahre vertheilt werden sollen, darunter 2 500 000 Kronen für das Jahr 1895 zur Entwicklung des Seeverteidigungs-Materials. So will es der bewaffnete Friede!

**Das Nest auf dem Asphalt.**

Von Eduard Rabos.

(Aus dem Ungarischen von W. Walter.)

Nachdruck verboten

Vor dem Kaffeehause blieben die Stühle und Tische auch Nachts über draußen stehen, und die kleine Asphaltfläche vor den geschlossenen Thüren, welche von künstlich gezogenen Sträuchern umsäumt war, gleich einem kleinen verlassenen Nest. Von dem burtigen Getriebe, daß ich Tag für Tag bewunderte, wenn ich an dem Kaffeehause vorbeiging, war jetzt gar nichts dort. Die schlafenden Dämchen und herumlungern den jungen Männer, die in diesem Nest ihre Nachmittage zubringen pflegten, lagen jetzt wahrscheinlich in tiefem Schlummer, und das Nest stand einsam, leer und verfallen.

Nun, wenn die Stühle wirklich draußen stehen, sehe ich nicht ein, weshalb denn ich nicht dieses liebe Nestchen aufsuchen und darin ausruhen sollte?

Die Hitze ließ auch während der Nacht nicht nach. Die colossalen Häusermassen der Andraßffystraße dampften geradezu, als sie die Tage über in sich gezogene Wärme wieder ausstrahlten. Es schien, als ob die Himmelsdecke, die herabesät über der Straße sich ausdehnte, flatterte, wenn die schwere Luft in Folge eines sich entfahrenden Falters zu wogen begann; um die Gasflammen herum schwebten Nebel sich auszubreiten; in Wirklichkeit aber war es nur das lässige Spiel der Luft.

Die Barrikaden von Stühlen, die auf die Tische gestellt waren, sonderten eine Ecke des Nestes völlig ab; das war ein wahrhaftiges kleineres Nest im Nest, wo wer immer die Nacht ganz unbemerkt zubringen konnte. In dieses Nest verzog ich mich und war entschlossen, dort bis zum Morgen zu bleiben; ich hob einen Stuhl herunter und setzte mich nieder: nun habe ich auch „Nachtlager“.

Von jenseits der Straße hörte man gedämpftes Lärmen; das Komödianten-Volk der Lingeltangel amüßte sich in seiner Stammkneipe. Zuweilen drang das entstellte Gelächter eines Frauenzimmers herüber, dann sah ich ein Pärchen in einen Fiaker steigen, der in der Richtung des Stadtwaldchens davonfuhr. . . . bald folgte wieder Stille, so daß ich das Geschrei irgend einer zechenden Gesellschaft um so mehr zu hören vermochte. Allmähig aber gewöhnte ich mich völlig an das sich wiederholende Lärmen; es kam mir in den Sinn, daß ich einst in einer Fabrik wohnte, in der ich ohne das ständige Geräusch der Maschinen nicht einschlafen konnte; blieben die Maschinen zufällig Nachts einmal stehen, so empfand ich das unbewußt und erwachte sogar aus dem Schlaf. — Nach und nach schloß sich das Lärmen des Komödianten-Volkes ein: in meinem Nest lag ich schlief in die Augen.

Ich glaube, ein Traum behelligte mich: meine Mutter stand mit thranenden Augen vor mir und tadelte mich, weil ich auf meine Gesundheit nicht genug Acht gebe; ich sei ohnedies immer schwächlich gewesen, und durchwache dennoch die Nächte fortwährend durch

wache ich sie! Mir war so, als ob meine Mutter die Hand auf meinen Kopf legte und ich wählte auch ihr leises, abgebrochenes Weinen zu hören.

Möglichlich fuhr ich in Folge nahender Schritte empor; ein junges Mädchen eilte aus der Richtung der Kneipe, in der das Komödianten-Volk sich amüßte, vorbei und schlüfte rasch hinter den Zaun, den die künstlich gezogenen Sträucher bildeten. Beim Lichte einer Gasflamme erkannte ich das Mädchen; es war die kleine Blumenverkäuferin mit Namen Lidi, die ich oftmals in den größeren Lingeltangeln gesehen hatte. Schau, schau, ich bekomme ja einen Gefährten in's Nest! Wie, hatte denn die Kleine kein Nachtlager? Zum Teufel auch, dann müßte ja die Kasse der Lingeltangel-Cavaliere schon ausgegeben sein! Denn die kleine Lidi ist, trotz der abscheulichen Schminke, mit der sie sich nur aus Gewohnheit verurtheilt, ein sehr schönes Mädchen. . . .

Im Uebrigen kann es mir ja recht sein; ich werde doch nicht beweinen, daß jene Kasse von Savieren auslirt. In Ermittelung eines Besseren werde ich der „Walter“ sein.

Reise wollte ich mich erheben, doch es wurden neuerdings Schritte hörbar, und während ich mit verhaltenem Athem auf meinem Platz blieb, näherte ein Mann sich Lidi; ich hab' ihn gut gesehen: Jajzon Jajso, der ewige studiosus juris, der Kartenpieler, der Lump war es. . . . Wäre das Lidi Liebhaber? Und das hier ein Stellbiche? Nun so passen wir doch einmal auf.

(Schluß folgt.)

### Parteiangelegenheiten.

Der Genosse Gustav Stengle war als Redacteur des „Hamburger Echo“ gleich so vielen socialdemokratischen Redactoren von Hans Blum wegen Beleidigung verklagt worden. Blum hatte sich beleidigt gefühlt, durch einen Bericht im „Hamburger Echo“, der unter Anderem besagte, daß er (Blum) in einer Gerichtsverhandlung eine „lägliche Rolle“ gespielt habe. Als beleidigend war auch die Stelle „wir freuen uns andererseits aber auch, daß die sächsische Bourgeoisie bereits auf den — Hans Blum gekommen ist“, sowie die Bemerkung, daß Hans Blum im Behaupten sehr stark sei, unter Anklage gestellt worden. Hans Blum hatte Gefängnisstrafe und, wie das bei ihm, der bei jeder Klage noch ein Geschäftchen machen möchte, üblich ist, 1000 Mark Geldbuße (an ihn zu zahlen) beantragt. Der Gerichtshof verurtheilte Gen. Stengle zu 75 Mark Geldstrafe wegen formeller Beleidigung.

Genosse Diehl, Kurzen, der wegen Beleidigung eines Würzener Stadtraths zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, hatte Berufung eingelegt. Die Berufungskammer des Leipziger Landgerichts hat am Donnerstag die Berufung des Genossen Diehl verworfen. Das gleiche Schicksal hatte die Berufung des Genossen Thiele, der wegen des anlässlich des Jubiläums des Königs von Sachsen in der „Würzener Zeitung“ veröffentlichten „Jubiläumstrauch-Artikels“ von der Borinsanz zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden war.

### Socialpolitisches.

Ein Lohnzettel, der Thränen redet, wird in unserm Frankfurter Parteiorgan veröffentlicht. Es ist der Lohnzettel einer 21-jährigen Arbeiterin und stammt aus der „Mannheimer Wollfabrik“. Aus dem Zettel geht hervor, daß das arme Mädchen für 11 Tage Arbeit ganze 4 Mark Lohn erhielt. Treffen also auf den Arbeitstag etwa 36 Pfennige Verdienst und auf den Tag zu leben 28 1/2 Pfennig.

Der gemäßigtere Lehrer K. zu Danzig, der wegen Agitation zu Gunsten eines liberalen Reichstags-Candidaten durch die königliche Regierung zu Danzig seines Amtes entsetzt worden war, hat die Entschädigung des Kultusministers nachgefordert. Da der betreffende Lehrer bis zur endgültigen Entscheidung nur das halbe Gehalt bezieht und der größten Noth ausgesetzt ist, wandte sich derselbe an die königliche Regierung mit der Bitte, ihm doch zu gestatten, zwecks Erlangung einer Nebenbeschäftigung einen anderen Wohnplatz wählen zu dürfen. Dieses Gesuch ist durch die königliche Regierung zu Danzig abgelehnt worden. — So sieht die preussisch-deutsche Freiheit aus. Und da mündert man sich über das „fiere Umhängreifen der socialistischen Ideen unter der deutschen Lehrerschaft“.

### Deutscher Reichstag.

Original-Berichte der „Volkswehr“.

31. Sitzung.

Sonnabend, den 20. Januar, 1 Uhr.

Von dem Abg. Auer und Genossen (Soz.) ist folgende Interpellation eingebracht: Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegen zu wirken, der in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volksthellen herrscht.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die Wahl von 7 Mitglieder zu der Commission für Arbeiterrenten.

Auf den Antrag des Abg. Schr. v. Basel-Berenberg (Soz.) werden die Abg. Dr. Gise (Soz.), Dr. Kropatschek (Soz.), Letocha (Soz.), Alrbach (Soz.), Wollensbühr (Soz.), Schmidt-Eberfeld (Soz.) und Siegle (Soz.) durch Jura gewählt.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Weinsteuer-Gesetzes.

Abg. Rayer (lib. Volksp.): Herr Camp war der einzige, der für die Vorlage eingetreten ist, aber auch er hat ja schon die Hoffnung aufgegeben, daß es zu einer Bekämpfung der Katastrophe in der vorgeschlagenen Form kommen werde. Mit dem Dialog ist es demnach zu Ende; wir haben nur noch Kloulogie zu halten. Herr Director Hörschorn behauptete gestern, es seien nur 66.000 Wein-gärtner unter dieses Gesetz, und mal weniger als 176.000 betreffen nur Weinbau für den Hausgebrauch, während der große Rest der übrigen nur kleine unter 50 Hektar produciert. Wie können wir den Jähren des Herrn Hörschorn? Aber nicht, wo ist denn das anstellen doch — in dem einen Jahre hat er weniger, in dem anderen mehr als 50 Hektar mehr sein. Sehr richtig! Wenn die Regierungen Fühlung mit dem Volk und der Landwirtschaft hätten, hätten sie uns mit solchen unbedeutenden Gesetzen überhäufeln nicht können. Nicht fragt es sich nur noch, ob wir die Fortsetzung dieser Beratung gleich hier oder in einer Commission vornehmen sollen. Ich meine, wir sollten die Vorlage nicht erst in einer Commission verhandeln, und nicht erst in einer

sondere, wie Herr Camp beantragt, sondern gleich hier in zweiter Lesung im Plenum. Was soll auch in der Commission herauskommen? Auf eine Schaumweinsteuer allein legt ja die Regierung selber kein Gewicht. Und auch die Kunstweinsteuer würde nicht so viel herausbringen, daß wir sie nicht den Einzelstaaten überlassen könnten. Wachen wir also der Beunruhigung im Lande ein Ende, lassen wir dieselbe nicht aus irgend welchen Rücksichten, aus bloßer Courttoisie gegen irgend wen noch länger fortbauern! Man sagte uns früher, nur die leistungsfähigen Schultern sollen gestroffen werden! Nur die Qualitätsweine wollen man besteuern! Ja, und nun schlägt man eine Steuer von 50 Mk. an vor. Die süddeutsche Bevölkerung wird sich freuen, auf diese Weise zu erfahren, daß sie bisher nur Qualitätsweine getrunken hat. (Heiterkeit.) Nebenher wendet sich alldann gegen die großen Kosten und Widerwärtigkeiten der Controle. Die Bevölkerung lehnt diese ab. Sind doch unter den Paragraphen des Gesetzes nicht weniger als 1/3 Strafparagrafen. Wollen Sie, wie Sie es behaupten, die Steuer so weit als möglich von den Winzern wegzulegen: so müssen Sie das Gesetz auf eine ganz andere Basis stellen. Um die Ueberwälzung auf den Winzer zu verhindern, müssen Sie den Wein besteuern in dem Moment, wo er getrunken wird, wo das Glas an den Mund gesetzt wird. Der Trinker müßte dann allemal eine Marke aufleben (Heiterkeit) und könnte dann vielleicht auch am Ende eines Jahres die Liste seiner Thaten übersehen. (Große Heiterkeit.) Die Großhändler mit dem großen Capital würden sich sofort in Kleinbändler verwandeln, d. h. Steuer bezahlen. Ich kann mir überhaupt nur denken, daß fortan nur noch diejenigen Großhändler bleiben würden, welche ein so großes Lager haben, daß sie nicht sofort für allen ihren Wein die Steuer bezahlen können. Die Folge wäre also ein Auslaufen der Kleinbetriebe durch den Großbetrieb, und daher auch eine Abwälzung — wenigstens größtentheils — der Steuer auf den Winzer. Wer den Winzer kennt, weiß, daß derselbe zumest sein Product nur kurze Zeit halten kann, deshalb ist er jedem Preisdruck ausgesetzt. Es giebt keinen landwirtschaftlichen Zweig, der so wirtschaftlich schwach, so verpaupert ist, wie der Weinbau. In Bezug auf die Ueberwälzung kann es der süddeutsche Weinbau sehr wohl mit der norddeutschen Landwirtschaft aufnehmen. (Stürmische Heiterkeit.) Unterscheiden thut sich der süddeutsche Weinbau von der norddeutschen Landwirtschaft nur dadurch, daß er nicht threibt. Er will nur, daß man ihn in Ruhe läßt. Welchen Eindruck muß es auf ihn machen, wenn die Landesregierungen ihm Steuernachlässe bewilligen, und die Reichsregierung ihm den Rest vom Leibe zieht! Glauben Sie, daß das den Reichsgedanken stärkt? In Württemberg hat man mit dem „Umgeld“, dem Ohmgeld, schon mehr als genug, und will es deszeitig wissen. Bei 50 Mk. will die Regierung die Grenze gefunden haben, wo der Luxus beginnt. Wie behelken wir sie da bei dem Aufspüren des Luxus! Welchen „Luxus“ muß man da erst in Berlin treiben, wo man für den halben Liter Bier schon 30 Pfennig zahlen muß! (Große Heiterkeit.) Wir in Württemberg sind bei dieser Steuererhebung in großer Gefahr. Bisher waren wir bestrebt und haben wir Alles gethan, unsere Reime zu veredeln. Fortan würde der Producent sein Streben dahin richten, unter dieser Steuererhebung zu bleiben. Nun aber noch einige politische und Billigkeitsgründe gegen diese Steuer. Dieselbe trifft doch offenbar hauptsächlich nur ganze bestimmte Landestheile und in denselben sowohl Producenten wie Consumenten. Und es sind das noch dazu dieselben Producenten, welche schon durch das Branntweinsteuergesetz so besonders hart getroffen wurden, als kleine Steuern. Die Weissteuer widerspricht auch den beruhigenden Versicherungen, welche dem Reichsminister der sächsischen Regierungen in dem Breisfeld vom 11. November 1870 gegeben worden sind. Ich glaube nicht, daß das der richtige Weg ist, um die bundesgenössischen Schritte zu heben. Geben Sie hin und lassen Sie, wie die Stimmung in Süddeutschland ist! Die Vorlage hätte gegen den Widerspruch der sächsischen Regierungen gar nicht eingebracht werden dürfen. Nur Bayern hat ihr zugestimmt, aber man ist ja gewohnt, daß Bayern seit Jahren im Gesetze Preussens miltirt. Der Reichsminister und dem Einzelgesetzfühler im Reiche wird es nie über den Kopf gehen, über alle parlamentarischen Beschränkungen hinwegzukommen. Aber was mag es das nicht alles haben. Bewerten Sie

Württemberg. Beschl. v. Wittnachs: Ich selbst war 1870 bei der von dem Reichstag beschlossenen Verhandlung beipflichtet. Der damalige württembergische Reichstag haben sich an anderer sächsischer Stelle nicht angeschlossen. Nur der württembergische Bevollmächtigte hat damals versagt, der Wein soll von der Krönung-Gesellschaft angemessen oder doch keine Bekämpfung von der Regierung der besterhenden Gesellschafter abhängig gemacht werden. Der Antrag ging nicht durch. Aber es wurden württembergische Regierungen gegeben, daß das Reich von seinen württembergischen Regierungen getrennt werden sollte. (Heiterkeit.) Darum ist die württembergische Bevollmächtigte damals volle Bevollmächtigung. Gegenwärtige Bevollmächtigte schließen die damaligen Entscheidungen nicht ein. Aber daraus folgt nicht, daß diese Entscheidungen gar keine Bedeutung haben. Sie wurden von einer sächsischen Delegation, abgelesen, und der Reichstag hat sie beipflichtet. Die württembergische Regierung hat nun auch selbst an der Delegation gegen eine Bekämpfung der württembergischen Regierungen, und diese Bekämpfung auch im Reichstag gegen die Regierung vorgebracht, was nicht übersehen kann, da in aller Öffentlichkeit, was nicht übersehen kann. Ich habe schon in gerichtlichen Saalen der Reichstag auch mit ihnen kann. (Stürmisch.) Darum hat auch die württembergische Regierung gegen diese Bevollmächtigte in der vorliegenden Form genommen. (Stürmisch.) Darum hat die gegen eine Bevollmächtigung und Bevollmächtigung nicht eingewendet. (Stürmisch.)

ducenten, hängt vielmehr von deren Angebot auf dem Markt ab. Redner schilbert solche Vorgänge auf dem Weinmarkt wo sehr Contracte abgeschlossen werden, die den Wassus enthalten, daß die etwa in wache tretende Steuer, welche bei verkauften Wein treffen würde, von dem Winzer getragen werden müßte. Der Winzer hat bei der Bestellung seiner Weinberge mit unendlich größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, als der Bauer in Nord-europa auf seinem Acker und er gehöt der ruhige, fleißige und fromme Sinn unsrer Winz-dar, um sie bei ihrem Betriebe zu erhalten und wir sollen uns hüten, diesen Beuten gegründeten Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben. Die Controlbestimmungen würden tief in den Geschäftsbetrieb der Winzer einschneiden.

Hierauf beantragt: v. Kardorff (Rp.) Vertagung des Hauses, um über die Erklärung des württembergischen Ministerpräsidenten, die Abwesenheit des Reichskanzlers abgegeben ist, eine Erklärung der Regierung herbeizuführen.

Abg. Richter erklärt sich ebenfalls für Vertagung mit Rücksicht auf das Ungewöhnliche der Situation; ihn haben namentlich die Schärfe überrascht, mit welcher der württembergische Vertreter die Nichterfüllung eines gegebenen Aussprechens betonte. Sollten sich denn die verbündeten Regierungen nicht entschließen können, diese Vorlage, für welche sich nicht ein Duzend Stimmen find. n. zurückzugeben.

Württembergischer Ministerpräsident v. Wittnachs: Abg. Richter hat mich mißverstanden, ich habe nichts von uncrfüllten Versprechungen gesagt, sondern ausdrücklich erklärt, daß Württemberg aus den 1870er Verhandlungen einen Rechtsanspruch nicht erworben hat.

Abg. Gröber (Soz.) Die Erklärung des württembergischen Ministerpräsidenten enthält nichts Ungewöhnliches; daß ein Vertreter der verbündeten Regierung hier seine Stellung zu einer Vorlage darlegt, sollte doch den Reichstag nicht in Bewegung versetzen. (Sehr richtig!) Der Vertreter der württembergischen Regierung hat lediglich von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht. Allein in der seiner Darlegung, wenn auch nicht in den Worten, lag doch ein moralischer Vorwurf gegen die verbündeten Regierungen. Wir halten deshalb, um der Regierung Gelegenheit zu einer Gegenüberung zu geben, die Vertagung für geboten.

Abg. Richter (Soz.): Wir würden dem Vertagungsantrage zustimmen, wenn von dem Regierungs-Vertreter ein dahingehender Wunsch ausgesprochen würde. Daß der Herr v. Wittnachs von einem Internum des Bundesrathes Mittheilung macht, ist kein verfassungsmäßiges Recht und ähnliche Vorkommnisse sind schon früher dagewesen; ich erinnere an die Neuerung des heftigen Ministerpräsidenten Herrn v. Hofmann bei der Frage der Vertagung des Obertribunals. Herrn v. Kardorff's Bedenken darüber, daß ein Regierungsvertreter einmal eine selbstständige Meinung äußern, theilen wir nicht.

Abg. Singer (Soz.) widerspricht der Vertagung, so lange nicht etwa Herr Wittnachs diese wünscht. Kardorff's Ansicht ist ganz falsch; wo bleibt denn das föderative Prinzip, wenn nicht einmal einem einzelnen Vertreter eines Bundesstaates gestattet sein soll, seine Meinung zu äußern? Dann hätten erst im Bundesrath nicht mehr die Vertretung eines föderativen Staats, sondern nur noch Statisten. Für keinen Menschen, der Zeitungen liest, enthielt die Erklärung des Herrn von Wittnachs etwas Neues. Wir brauchen uns deshalb bei dem ehelichen Begräbnis der Vorlage nicht stören zu lassen.

Reichssekretär v. Posadowski: Ob der Reichstag sich vertagen will, ist Sache seiner Geschäftsordnung; die Reichsregierung hat keinen Anlaß, einen Vertagungsantrag zu stellen. Der Herr Vertreter der württembergischen Regierung hat nur sein verfassungsmäßiges Recht ausgeübt. Sie können doch auch nicht annehmen, daß alle Beschlüsse der verbündeten Regierungen einstimmig gefaßt worden sind. Es verdient nur anerkannt zu werden, daß die württembergische Regierung sich bei der Berathung der Vorlage im Bundesrath äußerlich loyal verhalten hat.

Württ. Bevollmächtigter von Wittnachs: Ich habe sowohl dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen wie dem Reichskanzler meine Absicht, über die Stellung der württembergischen Regierung zu der Vorlage zu sprechen, mitgetheilt. Ich kann dem Herrn Staatssekretär nur danken, daß er dies hier bekräftigt. Ich habe durchaus mit Vorwissen des Reichskanzlers gesprochen.

Staatssekretär von Marschall: Ich kann nur bestätigen, daß uns diese Mittheilung gemacht worden ist. Es ist aber auch selbstverständlich, daß von unserer Seite abolut nichts geschehen ist, um dem Vertreter der württembergischen Regierung an der Ausübung dieses seines verfassungsmäßigen Rechtes zu hindern.

Abg. Richter: Wir haben uns für den Antrag auf Vertagung ausgesprochen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, nochmals die Zurückziehung dieser Vorlage, die seit auf seiner Seite des Hauses Zustimmung gefunden hat, in Erwägung zu ziehen. Auf jeden Fall aber bitte ich das Haus, die Vorlage nicht an eine Commission zu verweisen.

Abg. Graf Ribbach: Das verfassungsmäßige Recht des württembergischen Vertreters begreifen wir nicht; unser Wunsch betr. Vertagung war nur darauf gerichtet, Klarheit zu schaffen.

Abgeordneter von Kardorff (Reichspartei) hält den Antrag auf Vertagung aufrecht, damit die Regierungen nochmals bis zum Montag die Zurückziehung der Vorlage erwägen könnten.

Abg. Parnbacher (nationall.) erklärt namens seiner Gruppe, nach den Mittheilungen der Herren am Bundesrath, daß der Reichskanzler und der Bundesrath vor der Abfertigung des württembergischen Bevollmächtigten vorher befragt werden müßten, liege kein Anlaß mehr zur Vertagung vor.

Abg. Richter bemerkt: Wenn der Abg. v. Kardorff seinen Antrag damit motivirt, daß die Regierungen bis zum Montag die Zurückziehung der Vorlage in Erwägung ziehen müßten, so kann das nur noch als eine Vertagungsanrede angesehen werden, die überall hier im Hause wie im Lande nur getarnt werden kann.

Abg. Richter (nationall.) schließt sich mit Rücksicht auf die Erklärung des Bundesrathes dieser Auffassung des Abg. Rayer über den Kardorff'schen Antrag und seine Ver-

Nach nochmaligen Auseinandersetzungen zwischen den r. Kardorff und Richter hierüber wird der Antrag auf Vertagung, da er nicht ausreichende Unterstützung erhält, abgelehnt. Für denselben stimmen nur die Rechte und die Abgg. Jepsen, Baasche und Böttcher (nat. lib.). Die Beratung des Gesetzes nimmt sodann ihren Fortgang.

Abg. Blankenhorn (natl.) spricht sich gegen die Vorlage aus. Auf jeden Fall würden die Winger die Steuer zu tragen haben. Die Winger seien nicht wohlhabend genug, um ihre Weine Jahre lang liegen zu lassen. Sie seien gezwungen, sofort zu verkaufen, und das machten sich die Händler zu Nutze. Abgesehen von allem Anderen erschweren die Control-Vorschriften das Geschäft über die Weine. Aus diesem Grunde sei aber auch das Weingeschäft am Rhein zur Zeit viel bedeutender, als in den Ländern, die schon jetzt Landweinsteuern hätten. Ohne einschneidende Controlmaßregeln sei nun aber ein derartiges Geschäft überhaupt nicht möglich. Heute ist es vielfach gebräuchlich, Weißwein und Rotwein zu mischen und zwar Sorten von verschiedenen Preisen; wir werden diese gemischten Weine später behandelt werden? Der Besteuerung der Schaumweine werden wir uns nicht entziehen, obwohl auch hier die Möglichkeit zu berücksichtigen ist, daß die Besteuerung dieser Weine auf den Winger zurückwirken wird. In der vorliegenden Form können wir der Weinsteuer nicht zustimmen. Einer Kunst- und Schaumweinsteuer würden wir im Sinne einer Luxussteuer zustimmen.

Abg. Hirschel (Reform-P.): Unsere Partei wird gegen das Gesetz stimmen. Wir stehen auf dem Boden, daß nach Branntwein- und Biersteuer eine Weinsteuer folgen muß; allein wir können nicht, da in wässrigen, der Landwirtschaft neue Lasten aufzulegen, die hier von den Wingern getragen werden müßten, die ohnehin schwer belastet sind. Zutreffend ist gestern geschilbert worden, wie nachtheilig die Handelsverträge auf den heimlichen Weinau eingewirkt haben. Die Vorlage würde ja die Anstellung jährlicher Controlbeamter nöthig machen und das würde den Militär-Anwärtern, die zahlreich genug vorhanden sind, Gelegenheit zu staatlichen Anstellungen geben; aber das kann für uns kein ausreichender Grund sein der Vorlage zuzustimmen und zwar um so weniger, als die Vorlage von einer Regierung kommt, die uns als Demagogen behandelt.

Abg. Joest (Socialist): Für uns müßte, abgesehen von anderen Bedenken, schon die Strenge der Control-Vorschriften genügen, um uns ganz entschieden gegen die Vorlage zu erklären. Ähnliche Bestimmungen zum Beispiel das Recht, Räume zu durchsuchen, finden Sie nur noch in der Strafproceßordnung. Es ist auch ganz zweifellos, daß die Weinsteuer im Reiche eine weitere Besteuerung des Weines durch die Einzelstaaten zur Folge haben wird. Auch beim Weinhandel schreibt der wirtschaftlich Kräftige dem Schwächeren die Bedingungen vor und so wird es dahin kommen, daß die reichen Händler die Steuer auf die ärmern Winger abwälzen. Wir bekämpfen jede indirecte Steuer, weil sie immer nur die Ärmern belastet. Es zeigt sich hier, daß der preussische Finanzminister für die kleinen Grundbesitzer des Westens nicht entfernt das Wohlwollen hat, wie für die Großgrundbesitzer des Ostens. Für uns ist die Vorlage ein gutes Agitationsmittel. Wir werden gegen jede Weinsteuer stimmen, auch gegen Kunstwein- und Champagner-Steuer.

Abg. Colbus (Eis.) erklärt sich ebenfalls gegen die Vorlage.

Die Debatte wird geschlossen. — Die Vorlage geht an die Steuer-Commission.

Persönlich bedauert Abg. Mundel (fr.) daß er durch den Schluß der Debatte verhindert worden sei, die speciellen Interessen seines Wahlkreises Grünberg hier zu vertreten.

Nächste Sitzung Montag (22. d. Mts.) 1 Uhr: Interpellation Muer und Genossen (Nothstandshilfe), ferner erste Lesungen der Vorlagen betreffend Waaren-Beyzeichnungen, Abzahlungs-Geschäfte und Novelle zum Invalidenfondsgesetz.

Schluß 5 Uhr.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 22. Januar 1894.

Die „freie Liebe“ der bürgerlichen Gesellschaft. Im hiesigen „Generalanzeiger“ der häufig genug der Ablagerungsplatz für derartige Annoncen ist, findet sich folgendes Inserat:

**Eisport!**

Wünsche die Bekantsch. 1 Herrn, n. unter 25 Jahre alt, w. s. g. Schlittschuh fährt u. zugl. nettes Benehm. 1 D. gegenüb. aufzuw. verpft., beh. evtl. Verh. Bitte Off. unter Emmy bis 23. 1. hauptpfl.

Zur Zeit als der Großvater die Großmutter nahm, war es üblich, daß sehr oft an den statfindenden Jahrmärkten Verlobungen unter dem obligaten Bratwursteffen geschlossen wurden. Jetzt muß schon der Eisport herhalten. Ja, wir haben es halt weit gebracht.

[Schöffen- und Geschworenen-Kasse.] Wie ein Berliner Blatt berichtet, besteht die Absicht, eine Entschädigungskasse für Geschworene und Schöffen für den Umfang des preussischen Staates einzurichten. Die Statuten sollen demnächst dem Ministerium des Innern vorgelegt werden. Die Entschädigung soll 8 Mk. für den Tag betragen und durch Eintrittsgelder und Jahresbeiträge der Mitglieder bestritten werden.

[Invaliditäts- und Altersversicherung.] Seit der letzten Veröffentlichung im Mai v. J. ist 43 Personen im Kreise Breslau Altersrente bewilligt worden und zwar an Personen in Höhe von 106,80 Mk., an 1 Person 107,40 Mk., an 1 Person

182,60 Mk., an 2 Personen 183,20 Mk., an 1 Person 183,80 Mk., an 5 Personen 185 Mk. und an 1 Person 191,40 Mk. jährlich.

[Um einen Tag zu spät und doch nicht zu spät!] Gegen den Bescheid einer Versicherungs-Anstalt, durch welchen der Anspruch auf Alters- und Invalidenrente abgelehnt wurde, muß die Berufung bei Vermeidung des Ausschlusses binnen vier Wochen nach Zustellung des Bescheides beim Vorsitzenden des Schiedsgerichts eingelegt werden. Nur um einen Tag zu spät hatte die Arbeiterin Walzuch aus Schlessen, welche total invalide war, ihre Berufung gegen den ablehnenden Bescheid der Versicherungs-Anstalt bei dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts eingeklagt. Das Schiedsgericht erklärte aber den Anspruch der Klägerin formell und materiell für begründet. Hiergegen legte die Versicherungs-Anstalt Revision beim Reichs-Versicherungsamt ein und bat um Aufhebung der Vorentscheidung, da die Berufungsschrift um einen Tag zu spät eingegangen sei. Es wurde ermittelt, daß die Berufungsschrift zwar rechtzeitig in Beuthen, wo sich das Schiedsgericht befindet, am Nachmittag bei der Post eingegangen war; da aber der Castellan des Schiedsgerichts nur einmal täglich, und zwar Vormittags, die Briefe von der Post abholte, so gelangte die Berufungsschrift erst am folgenden Morgen in die Hände des Schiedsgerichts-Vorsitzenden. Das Reichs-Versicherungsamt sah die Berufung als verspätet an, hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache mit der Weisung an das Schiedsgericht zurück, es sei zu prüfen, ob eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand geboten erscheine. Das Schiedsgericht nahm an, daß die Klägerin kein Verschulden treffe; es liege ein unabwendbarer Zufall vor; hätte der Castellan auch Nachmittags die Briefe von der Post abgeholt, so wäre die Berufungsschrift der Klägerin noch rechtzeitig in die Hände des Schiedsgerichts-Vorsitzenden gelangt. Die Sache wurde daher in den vorigen Stand wieder eingesetzt und der Klägerin eine Rente von 111 Mark zugebilligt. Gegen diese Entscheidung legte merkwürdiger Weise die Versicherungs-Anstalt nochmals Revision beim Reichsversicherungsamt ein und meinte, ein unabwendbarer Zufall liege nicht vor, die Klägerin hätte früher ihre Berufung absenden sollen; auch materiell sei der Anspruch unbegründet. Die erweiterte Spruchkammer des Reichsversicherungsamts wies nun aber die Revision als unbegründet ab und beließ der armen Frau die zuerkannte Rente.

[Umbau des Polizeipräsidiums.] Hierzu schreibt die „Schles. Ztg.“: Zur Erörterung der in letzter Zeit brennend gewordenen Frage eines Um- oder Erweiterungsbaues des Breslauer Polizeipräsidiums, dessen Räume schon jetzt nicht ausreichen und vom 1. April d. J. ab, wo eine erhebliche Vermehrung der Zahl der Beamten in Aussicht steht, erst recht dem Bedürfnisse nicht genügen werden, verweilten kürzlich hier der Wirkliche Geheim Ober-Finanzrath Grandke aus dem Finanzministerium, der Geheim Regierungsrath Vindig aus dem Ministerium des Innern und der Geheim Baurath Zaprau aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Dieselben besichtigten mit dem Vertreter des Regierungspräsidenten, Ober-Regierungsrath von Dewitz, mit dem Polizeipräsidenten Dr. Wienko, dem Regierungs- und Geheimen Baurath Beyer, dem Regierungsrath Grüttner und dem Bauinspector Brinkmann das Polizeipräsidium und das unmittelbar daran anstoßende Grundstück Schuhbrücke Nr. 50 (Herzant), das für eine etwaige Erweiterung des Polizeipräsidiums in Betracht kommen könnte. Bei der gegenwärtigen üblen Lage der Staatsfinanzen ist wohl eine hartnäckige Inangriffnahme des Umbaues kaum zu erwarten.

[Fahnenflüchtig.] Der kgl. Premier-Lieutenant Alfred von Kluzkow des Feld-Artillerie-Regiments von Peuder (Schles.) Nr. 6 ist nach dem kriegsgerichtlichen Erkenntnis vom 12. v. M. für fahnenflüchtig erklärt und in contumaciam zu einer Geldstrafe von 1000 Mk. verurtheilt worden. Dies Erkenntnis hat unter dem 4. d. Mts. die kaiserliche Bestätigung erhalten, schreibt die „Morgenzeitung“.

[Alarmirung der Feuerwehr.] Am 19. d. M., Nachmittags 1 Uhr 49 Minuten, wurde die Feuerwehr nach der Kaiser Wilhelmstraße Nr. 66 gerufen, wo im dritten Stock in einer Wohnung hinter dem Ofen etwas Papier und Holz durch die Ofenhülze in Brand gerathen, aber bereits vor dem Eintreffen der Feuerwehr gelöscht worden war. Außerdem wurde im Laufe des Nachmittags desselben Tages die Feuerwehr noch vier Mal gerufen, ohne daß sie nöthig hatte, in Thätigkeit zu treten. Es war nämlich Louisenstraße 6 und Zwingerplatz 4, im oberen Theile von Schornsteinen

in Brand gerathen war. Grünstraße 4 brannten im Parterre in einer Wohnstube am Ofen einige Kappen, eine Thür, ein Thürpfosten und ein Bild, welche durch die Ofenhülze entzündet worden waren. Hofenstraße 87 brannte im dritten Stock in einer Küche auf dem Ofen ein Topf mit Fett, welcher übergelocht war. — Am 20. d. Mts., früh um 8 Uhr 18 Minuten, wurde die Feuerwehr nach der Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 14 gerufen, wo im Parterre des Vorhergebäudes in einem Entree ein Sack mit Getreidekaffee aus unermittelter Ursache in Brand gerathen war. Mit einigen Eimern Wasser wurde dieses Feuer gelöscht.

[Vermisst.] Am 17. d. Mts. entfernte sich der 14 Jahre alte Knabe Max Gierpke aus der elterlichen Wohnung, Heilige Geißstraße 14a, ohne bisher zurückzukehren. Der Knabe, welcher sich umhertreiben dürfte, trug grauen Arbeitanzug. — Seit dem 25. v. Mts. wird das 18 Jahre alte Mädchen Hedwig Schwarz vermisst, welche sich an dem genannten Tage aus der Wohnung ihrer Stiefmutter, Louisenstraße 25, heimlich entfernte. Die Bekannte ist groß, hat längliches Gesicht mit gesunder Farbe, dunkelbraunes Haar und trug sich orange Jacke, blauen Rock, schwarze Strümpfe und Lederhufe.

[Unfall.] Der Cigarrenarbeiter Carl Krause, von der Kleinen Scheiniger Straße, dem das eine Bein zur Hälfte abgenommen ist, wurde am 19. d. M. Vormittags so stark von einem Mann angerempelt, daß er zu Boden stürzte und sich den Beinknorpel schwer verletzete, auch zerbrach sein Stiefel. Der Verunglückte wurde mittels Wagens nach der Klinik auf der Thiergartenstraße überführt. — Der Arbeiter Wilhelm Dpiz aus Trebnitz kam zu Fall und verlegte sich schwer an der linken Hüfte. Der Mann fand im Krankeninstitut der barmherzigen Brüder Aufnahme.

[Unglücksfälle.] Der Diensthote Paul Schirde-wahn wurde am 19. d. Mts. in Melesowitz, Kreis Breslau, von einem mit Steinen beladenen Wagen überfahren und trug einen complicirten Oberschenkelbruch davon. — Auf dieselbe Weise verunglückte der Arbeiter August Firke aus Marzschwitz, der einen Bruch des rechten Armes und eine Quetschung der linken Hand erlitt. — Der Arbeiter Franz Scherming aus Groß-Sürding kam beim Verlassen eines Bahnwagens zu Fall und zog sich einen Unterschenkelbruch zu. Diese Verunglückten fanden im hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

[Flüchtig.] Der Kaufmannslehrling Oscar Biel-schowski, welcher in einer hiesigen Ornamentenfabrik beschäftigt war, hat am 19. d. M. 184 Mark, welche er einzukassiren hatte, unterschlagen und ist damit, sowie mit einer feinen Principal entwendeten Uhr flüchtig geworden. Der Genannte ist 17 Jahr alt, schlank und bartlos und war gut gekleidet. Derselbe wird zur Verhaftung gesucht.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden wurde: Ein Damenmuff. — Verloren wurde: Ein grauer Waschbär-Pelztragen. — Gestohlen wurde: In der Nacht vom 18. zum 19. d. M. einem Drogisten in einem Gasthause auf der Kupferschmiedestraße ein dunkelgrauer Winterüberzieher; am 18. d. M., Abends, aus einem auf der Reußestraße gelegenen Käseladen eine Quantität Käse im Werthe von 9 Mark. — Verhaftet wurden: Am 19. d. Mts. 59 Personen.

**Schlesien im Staatshaushaltsetat.**

In dem vom Finanzminister dem Abgeordneten-hause vorgelegten Staatshaushaltsetat ist Schlesien mit folgenden Posten bedacht worden:

Im Etat des Cultusministeriums sind neu eingesetzt die Stelle eines Secretariats-Assistenten und die eines Bureaubüblers beim Provinzial-Schul-Collegium in Breslau. Der Zuschuß für die Universität Breslau wurde um 6556 Mark erhöht, darunter als Beitrag für ein slavisches Seminar 600 Mark und für die chirurgische Klinik und die Klinik für Hautkrankheiten 2000 bezw. 1500 Mark. — Für Gymnasien u. s. w. ist eine größere Anzahl von Mehrforderungen in den Etat gestellt, so z. B. Alterszulagen und Neueinstellungen von Oberlehrerinnen (an dem St. Matthiasgymnasium und Friedrichsgymnasium zu Breslau, ferner an den Gymnasien in Bunzlau, Oppeln, Königshütte, Kreuzburg und Pleß; sowie je eine Hilfslehrerstelle an den Gymnasien zu Oppeln, Gleiwitz und Kreuzburg). Im Einzelnen sind folgende Ziffern zu verzeichnen: Breslau, Matthiasgymnasium 20 000 Mark, Friedrichsgymnasium 12 660 Mk., Pless 2117 Mk., Glatz 12 090 Mk., Dels 8468 Mk., Strehlen 6237 Mk., Woblan 2044 Mark, Reichenbach, Wilhelmsschule (Realgymnasium) 2360 Mk., Bunzlau 5339 Mk., Hogat, katholische Gymnasium 3305 Mk., evang. Gymnasium 9256

### Schlesien.

**Oppeln.** Am 14. d. Mts. erstattete der Delegirte Oppeln, Genosse Ottawa, Bericht über den schlesischen Parteitag zu Gagnau ab. Die Genossen erklärten mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Jedw. wurde die Ansicht des Genossen Paul, die derselbe über Red. cure entwidelte, scharf verurtheilt, ebenso die Vträge des Genossen Wersch, nach denen die Red. cure einfach zu simplen Lintenkuits herabgedrückt werden soll. Man sollte dann lieber ganz einfach Schreibautomaten schaffen, die den großen Vortheil besäßen, so zu schreiben, wie eben von irgend Jemand getreten würden. So Schreibautomat brauchte auch kein Stimmrecht und Bestimmungsbrecht und sei außerdem keine von den Genossen bezahlte Person. Im Weiteren wurden verschied. Maßregeln zur Entfaltung einer regen Agitation in schwarzen Centumstürmen besprochen. Hoffentlich gelingt uns, denselben noch etwas mehr zum Wadeln zu bringen als er es jetzt ohnehin schon ist.

**Waldenburg.** Ein Schießverbot mit Ob. altesten. Zur Verhütung der Explosionen plant das Oberbergamt ein Verbot des Schießens in der Kohle für sämtliche Flöze. Das Verbot enthält verschiedene Bestimmungen und ist zur Verhütung von Explosionen so unglücklich ergangen, daß die Frage aufzuwerfen ist, ob das Oberbergamt die wirkliche Absicht, in energischer Weise den Explosionen vorzuzugen, oder ob es ein Scheinproject?

Das „Hamburger Echo“ schreibt darüber: „Die Zahl der durch Schlagwetter getödteten Bergleute, war im Jahre 1893 bei Weitem größer, als in den Jahren zuvor. Kapitalistische Blätter haben sich bemüht zu machen versucht, die Ursache der Unfälle „Mühsinn“ und „Uebermuth“ der Bergleute; der eine oder andere habe verbotsmäßig seine Lampe gebläut und dadurch sich und seine Kameraden ins Verderben gebracht. Daß dem nicht so ist, daß die Schuld vielmehr der Vertriebung bezumessen ist, ergeben wir aus einer „Frankfurter Zeitung“ aus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund und zugegangenen Mittheilung, in welcher heißt:

„Dem Bergmann werden auf den meisten Gruben Sicherheitslampen eingehändigt, die mit einem Bleinäpfchen versehen sind. Aus verschiedenen Ursachen kann aber eine solche Lampe leicht erlöschen: der Bergmann befindet sich nun in übler Lage, er muß seinen Kameraden suchen, mit ihm nach dem Ort eine Viertelstunde weit entfernten Hülfsort zu gehen, um sich die Lampe öffnen und dann auf's Neue anzuzünden zu lassen. Diefes nimmt Alles in Allem mehr als eine halbe Stunde Zeit in Anspruch und der dem Bergmann bezw. aus seinen Kameraden zugeflüchtete Verlust an Zeit und Geld ist ein ganz erheblicher. Wer Unglück hat, dem kann die Lampe die Schicht über wohl zwei Mal ausgehen. Wenn der Bergmann, um diesen Verlust abzuwenden, die Lampe selbst öffnet, um dieselbe wieder anzuzünden, kann man ihm solches, obwohl es verboten ist, nicht so scharf übel nehmen. Selbstverständlich wird ein verständigere Mann die Lampe nur an einem solchen Ort öffnen, von dem er weiß, daß er doch verunthet (?), daß keine Schlagwetter vorhanden sind. Genauso in dieser Beziehung begangenen Irrthum muß der Betreffende in erster Linie büßen, falls sich vorhandene Wetter an seiner offenen Lampe anzünden. Mit diesen Uebelständen kämpfen die mit Sicherheitsverschluss versehenen Benzol-Lampen ab, die mit innerer Zündung durch sogenannte Zündpfeifen versehen ist. Der Bergmann kann eine solche Lampe, wenn sie ihm verloscht, selbst anzünden. Das Oberbergamt will nun anordnen, daß auf Schlagwettergruben nur Sicherheitslampen mit innerer Zündung im Gebrauche sein dürfen!“

Also endlich! Die Bergarbeiter haben diese Neuerung erst, leider vergeblich, gefordert!“

Zu dieser anscheinend sachmännischen Notiz, schreibt man der „Bergarbeiter-Zeitung“, müßten wir zunächst bemerken, daß sie den Gegenstand nicht nur nicht erschöpft, sondern ihn nicht in der notwendigsten Weise so eingehend behandelt, als es zu einem Endurtheil notwendig ist.

Alle Bergleute klagen über den die Atmung stark beeinflussenden scharfen Geruch, den die Verrothung des Benzols entwidelt. Dieser Geruch ist darum so lästig, weil die Bergleute mit ihren Lampen unmittelbar vor den Betriebspunkten in sehr hohen Säden arbeiten, d. h. wo eine Ventilation absolut nicht stattdet: die Producte der Verrothung also ziemlich verstopft werden müssen. Und „wer klagt hat“, wie es in obiger Notiz heißt — der kann seine Selbständer verkaufen, ohne Licht zu bekommen.

Wenn die Einführung der Benzolampfen wollen mit nichtigen, dann ist sie aber durchaus nicht so wesentlich zur Explosionsverhütung. Unsere Stellung zu den Benzolampfen gründet sich auf diejenigen Erwägungen, die wir als Bergmann mitten im Leben und Treiben der Bergleute und an dem Gebrauche der Benzolampfen selbst gemacht haben.

**Waldenburg.** Der „Haustrund“ schreibt in der Nummer 5 unter „Arbeitslose“ daß ich diese nur aus dem Zusammenhang mit dem Winter — Bauarbeiter — rekrutirt wurde im Sommer bei einer Spartheiligkeit sozialer Kräfte, um im Winter davon Leben zu können. Diefenigen welche sich nicht erkräftigen, gingen zum Winter aufs Land in die Industriestädte oder auf die Dreifeldzone. Soweit solches der Fall, ist kein Nothstand vorhanden sein kann. Der Nothstand ist nicht ohne Abnung von den Hunderttausenden, welche sich in den wägenigen Jahre fabriken für Unterkommen finden können. Unter dem Nothstand er nicht zu wissen, daß die Landarbeit im Winter selbst keine Arbeit hat, da die Dreifeldzone die winterliche Winterarbeiten abgenommen haben. Wir können daher dem Nothstand, ege er solche Unmuthigkeit ist, nicht bei den Bauern von der „dicken“ Winterarbeit zu überlegen.

**Cotofächer 2500 Mk., Ersatz von Dampfseffeln 3000**  
**Markt. — Eisengießerei Gleiwitz:** Umbau des Karsten-Hochofens, im Jahre 1893.94 verrechnet 52,000 Mk., letzte Rate 80,000 Mk., neue Gebläsemaschine 1893.94 verrechnet 35,000 Mk., letzter Theilbetrag 48,500 Mk., Einrichtung steinerer Winderhigungsapparate erster Theilbetrag 9000 Mk., Anschaffung von Verarbeitungsmaschinen für die Stahlgießerei einschließlich Herstellung des Aufstellungsraumes, erster Theilbetrag 80,000 Mk., Anschaffung einer hydraulischen Nietemaschine, erster Theilbetrag 10,000 Mk. — **Eisenhütte Malapane:** Anschaffung von Werkzeugmaschinen 6000 Mk.

Endlich werden noch für Schlesien aus den anderen Etats verlangt: Für die Baugewerkschule in Breslau die Erhöhung der Besoldungen von neun Lehrern von 3150 auf 4200 Mk. durchschnittlich und sonstige Mehrausgaben 4150 Mk. die Hälfte trägt die Stadt. Für eine Baugewerkschule in Görlitz: Besoldung des Directors und Schuldieners auf acht Monate und für sieben Lehrer auf sieben Monate, zusammen 17784 Mk. (die Anstalt soll im Herbst 1894 eröffnet werden). Wohnungsgeldzuschuß für dieselben 2523, zur Remuneration von Hilfslehrern und Hilfsbeamten 170, Amtsbedürfnisse und Beihmittel 6100, fernere Lehrmittel und Bibliothek 8000 Mk. Für die Landwirtschaftliche Akademie Poppelsdorf mehr 5950 Mk. Pomologische Institut Breslau zusammen mit Geisenheim und Engers 3180 Mk. mehr; ferner für 1 Lehrer und 1 Diener 588 Mk. Wohnungsgeld. — Für den Neubau des Niederwehres bei Brieg sind 10000 Mk. eingestellt, zum Neubau der Straßenbrücken über die Oder bei Brieg als Staatsbeitrag 75000 Mk. und als Beihilfe zur Regulirung der Weide von Wilschütz bis Weidenhof, des Schwarzwassers in den Kreisen Nimptsch, Schweidnitz und Breslau und der Bartsch von Großoffen bis zur Mündung sowie bei Bartschdorf, erste Rate 150000 Mk.

### Die oberschlesische Industrie und der russische Handelsvertrag.

Die oberschlesische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gleiwitz, richtete nach dem „Oberschles. Anzeiger“ an den Abgeordneten Wehner ein Schreiben in welchem betont wird, daß für die oberschlesische Industrie und die in derselben beschäftigten Arbeiter der Abschluß des russischen Handelsvertrages von einer noch größeren Tragweite ist, als der Abschluß des rumänischen Handelsvertrages, denn die vor Ausbruch des Zollkrieges von Oberschlesien nach Rußland exportirten Diamantenen Waikstein und Bleche betragen fast das Doppelte desjenigen Quantum, welches nach Rumänien exportirt wird. Die durch den russischen Zollkrieg herbeigeführte Rothlage der Industrie in Oberschlesien ist eine so schlimme, daß, wenn nicht bald eine Abhilfe geschaffen wird, eine Krise unvermeidlich erscheint. Die Lage der Arbeiter ist bereits jetzt eine sehr üble. Angesichts des Umstandes, daß die Waikstein schon seit Beginn dieses Jahres ohne Klagen und ein Theil derselben mit Schaden arbeiten, mußten dadurch die Arbeiterlöhne reducirt werden. (In letzter Stunde auch um die Höhe der Dividenden ausreicht zu erhalten. Red. d. A.) Es müßten ferner bereits bedeutende Arbeiterentlassungen vorgenommen werden; die Friedenshütte hat den Betrieb ihres Stahlwerks auf die Tagelohn reducirt und 700 Arbeiter entlassen. Diefelben von drei in Betrieb befindlichen Hütten einer niedergeblichen. Die Aktiengesellschaft ersucht Herrn Wehner für den Abschluß des russischen Handelsvertrages einzutreten. Zudem durch der Abschluß der Handelsverträge mit Ostreich und Rumänien eine Erleichterung der Getreidezufuhr von dieser Seite nach Deutschland geschehen werden ist, könne entsprechende Behandlung des Zollkrieges für die russische Eisenindustrie nach Deutschland für unsere Sammenthätigkeit von wesentlicher Bedeutung nicht sein. Der vorerwähnte der Handelsverträge entstehende Schaden würde in jedem Falle geringer sein als der Schaden, welcher der Eisenindustrie durch den Zollkrieg der Rumänien bei Fortbau des deutsch-russischen Handelsvertrages entstehende Schaden, denn bei der großen Umkehrung der deutschen Industrie ist die russische Eisenindustrie ein wichtiger Factor für die Entwicklung der deutschen Industrie, und es ist für unsere Eisenindustrie durchaus nicht günstig, an die deutsche Industrie zu verzichten oder das russische Eisen zu importiren. — Ganz abgesehen davon, daß die Industrie der deutschen Eisenindustrie einen nicht unmerklichen Theil der deutschen und europäischen Eisen aus dem Ausland zu beziehen in der Lage ist. — Ferner, welche beim Handelsvertrage der Industrie und dem Handel entstehende Schaden...

**Markt, Gltzberg 4458 Mk., Jauer 1285 Mk., Lauban 5296 Mk., Sagan 5861 Mk., Oppeln 6526 Mk., Reuthen OS. 1218 Mk., Gleiwitz 2285 Mk., Königsbütte 7202 Mk., Kreuzburg 4256 Mk., Leobschütz 4224 Mk., (Kunstig wegfallen 2580 Mk.), Reiffe 2848 Mk., Neustadt OS. (Kunstig fortfallend) 750 Mk., Ples 8958 Mk., Realgymnasium in Tarnowitz 862 Mk. — Bei den Seminaren sind in Folge der Erhöhung der Frequenz der bei den Anstalten in Ober-Slogau, Kreisfretscham, Kreuzburg und Pilschowitz bestehenden Vorurse, welchen die oberen Klassen an königlichen Präparandenanstalten entsprechen, die zur Unterstüßung von je fünf Zöglingen erforderlichen Mittel eingestellt worden. Zum Umbau der Abortanlagen des Seminars zu Münsterberg (wohl in Folge der bekannten Typhusepidemie) sind 7500 Mk., für bauliche Herstellungen beim Seminar in Kreuzburg 25000 Mk. ausgeworfen. — Die Kunstgewerbeschule in Breslau ist um 2304 Mk. erhöht. Einmalig wird zur Deckung des Jahlbetrages der Kliniken der Breslauer Universität die Summe von 60000 Mk. verlangt. Zu dem Neubau des Friedrichs-Gymnasium in Breslau zweite Rate 200000 Mk. Zu baulichen Veränderungen am Gymnasium in Glatz 14680 Mk.**

Im Justizetat sind folgende Posten vorgesehen: Zur Erbauung eines Centralgefängnisses in Breslau, erste Rate 100000 Mk. Von den für die Uebernahme des nächtlichen Sicherheitsdienstes vorgesehenen Stellen sind schon oder werden bis zum 1. April dieses Jahres in Breslau besetzt: 3 Commissarien, 16 Wachtmeister, 200 Schutzmänner. Ferner sind eingestellt zum Erweiterungs- und Ausbau des Gerichtsgebäudes in Reuthen OS., vierte Rate 150000 Mk.; zum Neubau eines amtsgerichtlichen Geschäftsgebäudes und eines Gefängnisses in Zabrze, vierte und letzte Rate 129000 Mk.; zum Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Landgericht und Amtsgericht Oels und zum Erweiterungsbau des Gerichtsgefängnisses daselbst, dritte Rate 200000 Mk.; zum Neubau eines amtsgerichtlichen Gefängnisses in Ober-Slogau, zweite und letzte Rate 48500 Mk.; zum Neubau eines amtsgerichtlichen Geschäfts- und Gefängnisgebäudes in Tarnowitz, zweite Rate 200000 Mk.; zum Neubau eines amtsgerichtlichen Geschäftsgebäudes in Dumauchau, erste Rate 60000 Mk. Neu eingestellt sollen werden: ein Senatspräsident, beim Oberlandesgericht Breslau, zwei Amtsrichter in Breslau, zwei Gerichtsdienner in Breslau, je ein Gefängnisinspector in Lublinitz und Groß-Strehlitz, ein Lehrer beim Gefängnis in Groß-Strehlitz fünf Gefängnisaufsesser in Groß-Strehlitz und einer in Görlitz.

In dem Etat der Eisenbahnverwaltung werden verlangt: Für die Herstellung des zweiten Gleises auf der Strecke Breslau-Königszell als fernere Rate 1600000 Mk.; als Schlussraten für die Vollendung folgender Bauten: Erweiterung des Güterbahnhofes in Gleiwitz 60000 Mk., Erweiterung des Bahnhofes in Glatz 45000 Mk., Umbau des Bahnhofes in Slogau 95000 Mk., Erweiterung des Bahnhofes in Tarnowitz 60000 Mk., an ferneren Raten für die Weiterführung des Bahnhofes in Ratibor 400000 Mk., desjenigen in Huda 150000 Mk., für die Erweiterung der Station Kunigundenzische 150000 Mk. An neuen Ausführungen sind vorgesehen: Erweiterung der Gleisanlagen des Bahnhofes in Myslowitz, erste Rate 150000 Mk., Fortführung des zweiten Gleises auf der Strecke Kreuzburg—Zablung—Tarnowitz als erste Rate 2000000 Mk. —

Aus dem Etat der Bergverwaltung sind anzuführen folgende Posten für künftige Bauarbeiten: **Bleierzwerk Friedrichsgrube:** Verleantane für das Bohrwasser Revier 200000 Mk., Erweiterung der Gleisanlage nach dem Ergolge der Trodenberger Röhre 180000 Mk., Ersatz von Dampfseffeln 300000 Mk., **Steinkohlenbergwerk Königsgrube:** Höherlegung der der Gängebau auf dem Kruppshacht II 85,000 Mk., **Saubau einer neuen Dampf- und Strickleitung für die unterirdische Wasserabfuhr-Maschine im Jahlbette 50,000 Mk.;** **Reparatur des Fördermaschinengebäudes auf Kruppshacht II einschließlich der Ueberholung der Maschinenfundamente 33,000 Mk.,** **Reparatur auf Kruppshacht II für 5 Revier einschließlich der Verleantane der letzteren 20,000 Mk.** **Steinkohlenbergwerk „Königin Luise“:** Ventilationsanlage für das Revier I erster Theilbetrag 15,000 Mk., **Abferranlage für den Geröhrat einer Theilbetrag 65,000 Mk.,** **wätere Ueberholung und Ersatz von Dampfseffeln 50,000 Mk.,** **Cotofächer von 25 Deien, letzter Theilbetrag 300,000 Mk.** **Silber- und Bleibergwerk Krüschwitz:** **Erweiterung zwischen den Aufschüßplätzen der Hauptstollen 100000 Mk.,** **neueres Revier Dief auf der Krüschwitz 12,000 Mk.,** **wätere Ueberholung der**



Waldenburg. Kohlenritter und Wärmebottler.

Eine der höchsten Segnungen, welche die Natur dem Menschen geschenkt hat, sind die Steinkohlen. Der Waldenburger Bergbau ist ein gewaltiger Vorrath von Wärme, Kraft und Licht...

Dittersbach. Einer betagten kränklichen Wittfrau Wittmer wurde ihr einziger bisheriger Ernährer durch Einziehung zum Militär entzogen, weshalb sie sich gezwungen sah, die Hilfe des Ortsarmenverbandes, dem sie seit ihrer Jugendzeit angeschlossen, in Anspruch zu nehmen...

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 19. Januar.

Eheschließungen. II. Freier Josef Spillmann, kath., mit Karoline Wende kath., hier. — Arbeiter Hermann Behnisch, ev., mit Anna Hönischke, ev., hier. Geburten I. Kaufmann Moritz Durra, jüd., S. — Hauswirth Emanuel Przewiazik kath., S. — Comptoirbedienter August Kirchhof, ev., S. — Fabrikarbeiter Gustav Klose, ev., L. — Stellmacher Carl Rosner, ev., S. — Tapezierer und Decorateur Friedrich Stechow, ev., S. — Arbeiter Hermann Kottschote, kath., L. — Straßenbahn-Conducteur Arthur Elsbwinski, kath., S. — Urmacher Carl Ertel, kath., S. — Rutscher Augustin Gurke, kath., S. — Ingenieur Friedrich Messert, ref., S. — Arbeiter Ernst Gräfer, ev., L. — Postkassenschreiber Carl Stein, evang., Zwillinge, Söhne. — Schmied Paul Jun er, ev., S. — Tischler Theodor Preiß, kath., S. — Prakt. Arzt Dr. med. Franz Veith, kath., L. — Markhall-Wärmer August Hamisch, kath., L. — Hilfsbremsler Paul Schubert, kath., S. — II. Vidualienhändler Julius Schmale, ev., L. — Kuchfabrikant Berthold Samahy, evang., L. — Arbeiter Josef Triebl, kath., S. — Gärtner Ernst Nibiger, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Wanke, kath., S. — Arbeiter Josef Deutschmann, kath., L. — Examinateur Locomotivbeizer Albert Leewe, ev., L. — Bahnarbeiter Carl Rossmann, kath., L. — Kaufmann Hugo Reibner, jüd., S. — Tischler Oscar Hartmann, ev., S. — Druckereiarbeiter Otto Gottschlich, ev., L. — Eisenbrecher Paul Wandoschowski, kath., L. — Kaufmann Isaac Wachner, jüd., L. Geburten II. Eisenbahnschaffner Maximilian Schlotz, kath., L. — Aufreißer Karl Berger, kath., L. — Säuglingshändler August Schneider, evang., S. — Drechsler Heinrich Kiesel, ev., S. — Monteur Kurt Siefert, evang.-kath., S. — Tischler Wilhelm Scholz, evang., L. — III. Haushälter Josef Müller, kath., S. — Kellerer Karl Fleischer, ev., L. — Schuhmacher Kiesel, ev., L. — Schlossermeister Hermann Steinmann, evang., S. — Gärtner Max Gringmuth, ev., L. — Nachtwachtmann Karl Schwarzer, kath., L. — Katasterzeichner Adolf Bachmann, ev., S. — Rutscher Karl Schwärmer, kath., Söhne. — Tischlermeister Otto Sahy, evang., S. — Tischler Paul Spritze, kath., L. — Lagerist Edmund Bräuer, ev., S. — Arbeiter Edmund Bernhardt, ev., L. — Kaufmann Jakob Jaffe, jüd., L. — Arbeiter August Schröder, evang., S. — Drechsler Wilhelm Krause, kath., S. — Rutscher Josef Wiedlich, kath., S. Todesfälle I. Robert, S. des Dachdeckers Franz Geppert, 1 J. — Agent Siegmund Schäfer 57 J. — Ida, L. des Arbeiters Wilhelm Hantke, 3 J. — Gertrud, L. des Arbeiters Reinhold Liebmann 1 Jahr. — Arbeiterwitwe Rosina Wolf, geb. Karel, 53 J. — Marie, L. des Arbeiters August Wofes, 2 Jahr. — III. Witt, S. des Schuhmanns Oskar Galleitsky, 7 B. — Arbeiterwitwe Saffane Ritschmann, geb. Kreibe, 3 J. — Drochsenkutscherwitwe Rosine

Wittmann, geb. Heilmann, 76 J. — Schuhmannsrau Marie Müller, geb. Kammer, 27 J.

Vom 20. Januar.

Beirath-Ankündigungen. II. Geprüfter Selzer Josef Galschke, kath., Obernigig, und Emma Gubmann, ev., Königsgrabenstraße 20 — Eisenbahn-Secretär Sigismund Nagel, evang., Auguststraße 21, und Bertha Schulz, evang., Paradiesstraße 28. — Kellerer Paul Heppner, ev., Paradiesstraße 28, und Anna Jakobel, kath., hier. — Stellmacher Carl Schifora, ev., Klosterstraße 59, und Elisabeth Schröder, ev., Lehmgrabenstraße 7a. Eheschließungen. I. Restaurateur Richard Hensch, ev., mit Emma Busch, evang., hier. — Kaufmann Arthur Mengel, ev., hier, mit Bertha Schmidt, ev., Gneisvitz — Hauswirth Ernst Giesla, ev., mit Marie Brzoga, kath., hier. — Schuhmacher Hermann Fuhrmann, ev., mit Klara Metz, kath., hier. — Schlosser Konrad Gerlach, evang., mit Emma Jodel, ev., hier. — II. Schriftsetzer Robert Matzke, kath., mit Sofie Jendrotz, kath., hier. — Bräuer Gustav Kellefer, ev., mit Ida Reinsch, kath., hier. — Buchbinder Josef Bertel, kath., mit Anna Zukunft, kath., hier. — Postunterbeamter Paul Skowronek, ev., mit Emilie Rademacher, ev., hier. — Bureaudienner David Christoph, ev., mit Marie Damsch, ev., hier. — Färber Gustav Dabed, ev., Rathendorf, mit Catharina Kleinert, ev., hier. — Orenzaufseher Ernst Reichelt, evang., Steinbach, mit Anna Scholz, evang., hier. — III. Hauswirth Carl Schröder, ev., mit Louise Böhme, ev., hier. — Rutscher Julius Jährsch, ev., mit Pauline Schmidt, evang., hier. — Kaufmann Gustav Müller, ev., mit Anna Sorille, ev., hier. Geburten I. Haushälter August Bachale, ev., L. — Hilfsbremsler Franz Schöhl, kath., S. — Arbeiter Julius Geruth, ev., S. — Schiffsbauer Paul Simon, evang., S. — Arbeiter Franz Mader, kath., S. — Arbeiter Max Sabitsch, kath., L. — Arbeiter Karl Scharte, ev., S. — Zerstörer und Kaufmann Ernst Bogdt, ev., S. — Rutscher Robert Kapuste, ev., S. — Schlosser Paul Selzer, kath., L. — Brauer Gustav Paul, kath., S. — Arbeiter Karl Fliegner, ev., S. — Friseur Carl Wachow, kath., S. — Korbmachermmeister Hermann Scholz, kath., L. — II. Schuhmann Hermann Karstokki, ev., S. — Klempner Otto Witte, ev., S. — Drechsler Oskar Reuzebauer, kath., S. — Kaufmann Robert Kleinert, ev., L. — Arbeiter Carl Wolff, kath., L. — Schmied Robert Krauer, ev., L. — Radierer Arthur Graeh, ev., S. — III. Schlosser Hermann Forchmann, ev., L. — Arbeiter Alfred Schmidt, kath., S. — Zuschuhmacher Heinrich Meusel, ev., L. — Tapezierer Max Reichel, ev., S. — Conditor Franz Müller, kath., S. — Arbeiter Ernst Adam, evang., S. — Porzellanmaler August Richter, kath., S. — Magistrats-Diätar Hugo von Kondratowicz, evang., S. Todesfälle. I. Georg, S. des Klempners Franz Klein, 4 Mon. — Arbeiter August Fiebig, 48 J. — Brauer Karl Sternhke, 40 J. — Richard, S. des Rutschers Hermann Bedel, 7 Mon. — Anna, L. des Portiers Wilhelm Franke, 2 J. 9 Mon. — Goldarbeiter Paul Siegert, 41 J. — Arbeiter Gottlieb Raboth, 63 Jahr. — II. Rentmeisterwitwe Pauline Wenzler, geb. Lüneburg, 75 J. — Hildegard, L. des Kaufmanns Max Krämer, 1 J. — Adolf, S. des Arbeiters Heinrich Gabler, 2 J. 3 Mon. — Particularer Jacob Josef Wiener, 79 J. — Ober-Telegraphen-Secretär a. D. Theodor Hauke, 92 J. — Frieda, L. des Bäckers Paul Hartmann, 6 J. — Fritz, S. des Hilfsbremsers Hermann Piech, 10 B. — Robert Stenzel, Cigarrenmacher, 23 J. 3 M. — Geora, S. des Fleischermeisters Hermann Galleitsky, 3 J. — Hilfsbremsler Ludwig Mertinelt, 47 J. — Restaurateurfrau Clara Hauer, geb. Hein, 37 J. — Franz, S. des Stellmachers Franz Krzywosinski, 3 Wochen. — Hermann, S. des Schuhmachers Wilhelm Walter, 5 Mon. — Oscar, S. des Haushälters Friedrich Matuzekof, 11 B. — Schuhmachermeisterwitwe Anna Hofeitel, geb. Gützel, 67 J. — Arbeiter Carl Siebert, 63 J. — Hedwig, L. des Rutschers Carl Schwarzer, 6 J. — III. Schuhmachermeister Heinrich Tabel, 69 Jahr. — Wilhelm, S. des Arbeiters Wilhelm Wildera, 1 J. — Fritz, S. des Militär-Oberbäckers Oswald Bittermann, 1 Jahr. — Portrait-Maler Max Koska, 54 J. — Tischlermeister Rudolf Ludwig, 68 Jahr. — Georg, S. des Schuhmachers Paul Schneider, 2 Mon. — Gertrud, L. des Schiffers Benno Ritsche, 6 Mon.

Neueste Nachrichten.

Die socialdemokratische Fraction hat am heutigen Tage folgende Interpellation eingebracht, die voraussichtlich in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen wird: Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Frage: Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstande entgegen zu wirken, der in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, sowie der allgemeinen gedrückten Erwerbsverhältnisse, in den weitesten Volkskreisen herrscht. Berlin, den 19. Januar 1894. (Folgen Namen.) Im Auftrag der Fraction wird Liebtnecht die Interpellation begründen, Bebel und Singer in der Debatte das Wort ergreifen. Bei dieser Gelegenheit wird die Regierung nicht umhin können, die vorgestrichen Vorgänge anzuklären. Ueber die vorgestrigen Polizei-Tumulte herrscht in Berlin, wie der „Vorwärts“ schreibt, in allen Volksschichten wachsende Erregung. Jeder fühlt sich bedroht. Es ist ähnlich, wie nach der Lüd-Schießerei. — Niemand fühlt sich mehr auf der Straße sicher. Was am 18. Januar 1894 zweitausend Arbeitslosen geschah — Männern, die durch ihr Unglück doppelte Rücksichtnahme

und doppelten Respect einflößen mußten, das kann jedem Bürger geschehen. Wenn solches ungekräft im Mittelpunkt des Cultur- und Rechtsstaats Preußen verübt werden darf, dann ist für Preußen das Wort Cultur und Recht zu einem Lohn geworden. In jedem Fall sind die Vorkommnisse dieses Tages so compromittirend für unser Staatswesen, daß die Regierung es dem öffentlichen Rechtsgefühl nicht bloß, sondern auch sich selbst schuldig ist, die strengste Bestrafung der Schuldigen zu veranlassen. Und hier stehen wir nun vor der Frage: wer sind die Schuldigen? haben die Polizisten, welche unschuldige Bürger mißhandelten, auf eigene Faust gehandelt, oder auf Befehl? Wenn letzteres: wer hat den Befehl gegeben? Untergeordnete oder höhere Beamte? Haben sich politische Strebungen und Ziele in die Action der Polizei gemischt? Bestand, wie bei den „Februar-Crawallen“ vor zwei Jahren, in gewissen Kreisen die Absicht im Interesse der Reaction einen Straßenkampf zu veranstalten? Die Thatsache, daß in militärischen Kreisen vor der Versammlung am Friedrichshain die Meinung verbreitet war, es drohten ernste Rubelstörungen, läßt auf weitreichende Pläne schließen. Und unser Verdacht wird gestärkt und bestätigt durch die Telegramme, in denen die Vorkommnisse von Berlin nach auswärts gemeldet wurden. So ward z. B. dem „Leipziger Tageblatt“ telegraphirt: Berlin, 18. Januar. Eine Arbeitslosen-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain, die von etwa 2000 Mann besucht war, wurde um 11 Uhr geschlossen, der Einberufer vorher verhaftet. Die Menge faßte im Friedrichshain und in dessen Umgebung Posto. Ein starkes Polizei-Aufgebot zerstreute diese mit der Klinge. Wer dies liest, muß denken, ein Aufstandsversuch sei durch die Energie der Polizei verhindert worden. Verräth diese Fassung nicht die Gedanken und Wünsche des Urhebers? Und wer die Urheber dieser Telegramme, und wessen Agenten sie sind, das weiß man. Der „Reichs-Anzeiger“ von gestern Abend hält sich in Schweigen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint, „ein amtlicher Bericht über die Vorfälle werde wohl nicht ausbleiben.“ Ein „amtlicher Bericht“ genügt nicht. Die „National-Zeitung“ stellt „eine genaue Untersuchung“ in Aussicht und sagt: Der Zusammenstoß der Polizei mit den Arbeitslosen soll durch vorzeitiges Eingreifen der Beamten veranlaßt worden sein. Nun ist zwar die „National-Zeitung“ von einem Mitglied der Regierung wiederholt zu officiellen Mittheilungen benutzt worden, allein einen autoritativen Charakter trägt diese Mittheilung nicht, und da die officiell-officiöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine sehr verschwommene, auch sonst ungenügende Erklärung abgibt, und das amtliche Organ schweigt, so müssen wir die Forderung einer vor nichts zurückweichenden, Niemand schonenden Untersuchung und nachsichtlichen Bestrafung der Schuldigen aufs nachdrücklichste wiederholen. Breslau, 20. Januar. (Amtlicher Producten- und Börsen-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Januar 123,00 S., Hafer (per 1000 Kilogramm) per Januar 153,00 S. — Hübsl (per 100 Kilogramm) — geländigt — Str., loco, in Qualitäten à 5000 Kilogramm — per Januar 47,00 S., per April-Mat 47,50 S. — Spiritus per 100 Liter (à 100 pSt.) ohne Fab; erd. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gef. — Str., abgelassene Rübölgeschmeine — per Januar 50er 49,10 S., 70er 29,60 S. — Zink ohne Umsatz. Breslau, 20. Januar. (Breslauer Mehlmarkt) Welchen Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 22,00 S. 22,50 S. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 19,75 — 20,25 M. — Weizen-Meile per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,60 — 9,00 M., b) ausländisches Fabrikat 8,20 — 8,60 M. — Roggenmehl (per Brutto 100 kg incl. Sack 17,75 — 18,25. — Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,20 — 9,60 M., b) ausländisches Fabrikat 8,60 — 9,00 M.

Gelesene Nummern

der „Volkswacht“ wirft man nicht achtlos bei Seite, sondern man giebt sie weiter!

**Stadt-Theater.**  
Direction: Dr. Theodor Loewe.  
Montag:  
Emma Galot. I.

**Lobe-Theater.**  
Direction: Fritz Witte-Wild.  
Montag:  
Der Herr Ornator.

**Alte Stiefeln**  
kauft Hanisch, Neumarkt 3. [1933]

**H. Gerstel,**  
gerichtlich vereideter Cavalor  
für Nachlässe und Erbschaften,  
wohnt Matthias-Strasse 70. 1871

**Veraltete Hautkrankheiten.**  
Sprechst.: von 9-11 Vormittags, 3-5  
Nachmittags; für Auswärtige den ganzen  
Tag. Franz Jekol, Breslau,  
Neuborffstraße 8. 17.3

**Achtung!**

Empfehle mich den werthen Partei-  
Genossen zur Aufertigung aller Art  
Schuhmacher-Arbeit. Biletts der  
Straßenbahnen werden vergütigt. Auch  
werden Bestellungen per Postkarte ent-  
gegengenommen. 1879

**P. Thater,** Weißgerber.  
gasse 4.

! Neu eröffnet! 1895

**Abzahlungs-Bazar**  
auf wöchentliche und monatliche Zahl-  
zahlungen  
auf Wäsche, Möbel, Uhren etc.  
**Verwerkstrasse 17, hpt.**

**Wichtig  
für Raucher!**  
Sofine

**Cigarren**  
3 St. 10 Pfg., 100 St. 3 M.  
empfiehlt  
**Louis Schröter**  
Cigarrenfabrik  
Friedrichstraße 62, vis-a-vis  
Zimmerstraße. 1623

**120 Regulatoren**

sind mir aus einer Concursmasse  
zum schnellsten Verkauf über-  
geben worden. 1871a

**Gerstel,** früher Mehlhose,  
70, Matthiasstraße 70.

**Farin**

bestes, weißes, per Hst. 25 Pfg.  
Pfeffer, Carlsbader Mischung, un-  
verdorben, von großart. Geschmack,  
arom. und kräftig, Pfd. 1,60 M.,  
andere Sorten von 1,30-2,00 M.  
Frank-Kaffee per Pack 6 Pfg.

Große neue nirl. Pflanzen Pfd. 20  
Lilien, gut fochend 18  
Toback, weiße, gut fochend 9  
Toback, gut fochend 10  
Toback, geschält 13  
Cigarren per Hst. von 14 Pfg. an.

**Verdorrte Gewürze billig.**  
Eingel. Gartenbohnen in Büchsen  
1. 1 2 3 4 5 Pfd. = Büchse

25 35 55 65 80 Pfg.  
Draufschieber Saugentwäger  
1. 1 2 Pfd.-Büchse

65 125 Pfg. [1890]  
früchte in Gläsern billig.  
Kornschrot, Gerstentwurf Pfd. 1,40  
Coco, von Kaffeebohnen geschmack und  
leicht löslich, Pfd. 1,50.

Jeder Versuch ist lobend.  
Maximilianstraße 99,  
**E. Adamy,** Salzstraße 1.

**Dr. Eidenhofer Söhne 2.**  
Preis 10 Pfg.  
Es haben bei allen Colportageen.

**Sozialdemokratischer Verein  
für Breslau und Umgegend.**  
Montag, den 22. d. M., Abends 8 Uhr, im Vereinslocal  
„Drei Lauben“, Neumarkt Nr. 8:

**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.  
Sonntag, den 21. d. M., Vormittags 10 Uhr:  
**Vorstands-Sitzung** behufs Abrechnung.  
Der Vorsitzende.

**Socialdemokratischer Verein  
für Breslau und Umgegend.**

**Lesezimmer Nr. I.**  
P. Galle's Restaurant, Andersohnstraße 4.  
Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. — Aufnahme neuer  
Mitglieder. — Gäste haben Zutritt.

**Lesezimmer Nr. II.**  
Rüster's Local, Schindamm 28 (Dahof).  
Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
1. Vortrag des Genossen Schriftstellers Bruno Geiser: Die neueste  
Entwicklung unserer Breslauer Partei-Verhältnisse und  
die politischen Bedürfnisse der großen Masse. 2. Discussion.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. — Gäste werden freundlich aufgenommen.

**Gesangsabtheilung.**  
„Drei Lauben“, Neumarkt Nr. 8.  
Jeden Freitag Abends 8 Uhr:  
**Übungsstunde** unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme  
neuer Mitglieder erfolgt im Januar. — Beiträge zum Verein werden  
entgegen genommen.  
Außerdem werden die Parteigenossen, insbesondere die Vereins-  
mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß im Vereinslocal „Drei Lauben“  
folgende Parteizeitungen zu freier Benutzung ausliegen: „Vorwärts“,  
„Echo“, „Wähler“, „Fränkische Tagespost“, „Proletarier“, „Volkswacht“.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband  
(Zahlstelle Breslau).**

**General-Versammlung**  
Mittwoch, den 24. Januar 1894, Abends 8 Uhr  
im Glas-Salon des Pariser Garten, Weiden-Strasse.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn O. Marcuse:  
Bedeutung und Geschichte des Latenelements in der Rechtspflege. 2. Abrechnung  
pro IV. Quartal 1893. 3. Neuwahl der Lokalverwaltung. 4. Verschiedenes.  
**Damen und Gäste haben Zutritt.**  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Lokalverwaltung.

Die erste Probe zu der beim diesjährigen  
**Maskenballe** aufzuführenden Quadrille findet  
Montag, den 22. d. M.,  
Abends präcise 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Saale der „Kaiserburg“,  
Adalbert-Strasse 10, statt.

**Eine Welt- und Lebensanschauung für das Volk**  
mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und  
gesellschaftlichen Fragen von J. G. Vogt.  
in 10 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pfg. = 6 M. 50 Pf.  
Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht.

**Billigste Bezugsquelle für Cigarren!**  
Offerten in nur guter Qualität und bei promptester Lieferung:  
25 Sumatra-Cigarren.  
verpackt in 100 Stücken 2,00 M., 250 M., 500 M.  
Leinwand-Mischungen in 100 Stücken 3 M., 200 M., 4 M.,  
Leinwand-Jacke-Präparat in 100 Stücken 4,50 M., 200 M.,  
Geschmacklos und ungeschmacklos Kippen billig.  
**Cyprus-Jacke E. Lampe** mit 1. Klasse.  
Fabrik und Hauptgeschäft:  
Breslau, Köpcke 11, am Oberbrühl.  
Filialen: Schlegelstr. 1, Neumarkt 12, Friedrich-Strasse 4,  
Rückertstr. 20. Neu eröffnet: Schlegelstr. 41. 1879

**Rohtabake!**  
Sumatra, gute Dedes, à Pfd. Mf. 1,60, 1,70, 2,00, 2,40, 3,00, 3,60  
Carmen La La Umblatt à Pfd. Mf. 1,15.  
Fels-Einlage und Umblatt von 1,15 bis 1,40 Mf.  
Prälzer Einlage und Umblatt von 0,65 bis 0,80 Mf. 1468  
Grus, staubfrei von Mf. 0,25 bis 0,80.  
Ferner: Java-Umblatt, Javaanna, Cuba empfiehlt billigt  
**Johannes Kubis, Gneisenauplatz 1.**

**Illustrirte Weltgeschichte für das Volk**  
mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwicklung,  
dargestellt von  
**J. G. Vogt.**  
4 Bände à 25 Hefte in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfennige.  
Die erste Weltgeschichte, welche von Marxistischer Gesichtsauffassung  
ausgehend, den Zusammenhang der Begebenheiten, die treibenden Mächte  
in der Weltgeschichte, das Warum alles geschichtlichen Geschehens und vor  
Allem die wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die Aufgaben und Verdienste  
des Volkes behandelt; keine Geschichte der Fürsten und großen Männer,  
sondern der Menschheit.  
Illustrationen und Ausstattung des Werkes vorzüglich!  
Illustrirte Prospekte gratis. Probehefte stehen gerne zu Diensten.  
Bestellungen hierauf nimmt entgegen das gesammte Träger-  
personal der Volkswacht, sowie Die Expedition dieses Blattes.

**Illustrirter  
Neue Welt-Kalender**  
für das Jahr 1894.  
Inhalts-Verzeichniß.  
Kalendarium, Postwesen u. Zeitungskalender, Bevölkerungs-,  
Militär- und Steuer-Statistik, Rückblick, Messen und Märkte,  
Im Kreislaufe des Jahres, Auf der Schwelle, Erzählung von  
Jena von Troll-Borosthani (mit Illustrationen) Flora Germanica,  
Von Hoffm. von Fallersleben, Die Einheitszeit, Von Dr. H. Lug  
(mit Zeitkarte), Wohnungselend, Proletariatskrisen und Seuchen-  
gefahr, Von Dr. W. Braun, Auf dem Holzweg, Humoreske  
von Victor Lenz (mit Illustration), Pulver und Blei, Von  
Wilhelm Liebknecht (mit Illustration), Der Ocean, Von Oswald  
Köhler (mit Illustration), Aus der Geschichte der ersten Heim-  
kolonie Robert Owens, Von Ed. Bernstein (mit Illustrationen),  
Sibirien, Gedicht von Otto Ernst, Bakterien und Bakterien-  
krankheiten, Von Dr. W. S. (mit Illustrationen), Genug, Gedicht  
von Franz Dieblich, Wider Wind und Wellen, Erzählung von  
Elise Langer (mit Illustrationen), Wer soll der Postkaffee da noch  
glauben? Gedicht von Robert Seidel, Fliegende Blätter, Für  
unsere Käftelöcher, Fledervertilgungstabelle.  
Hierzu vier Kupfer: Die Steinbrecher — Liebe und Arbeit —  
Oberbayerischer Gebirgshauer — Der Liebling — Ein Wandfalter.  
Zu beziehen durch die „Expedition der Volkswacht“  
und alle Colportage.

**Gekrönte Häupter.**  
Nr. 1: Katharina II. v. Rußland, } conf. gewesen u. wieder  
2: August der Starke von Sachsen. } freigegeben.  
3: Papp Alexander VI.  
4: Carl Leopold von Mecklenburg.  
5: Ludwig XIV. von Frankreich.  
6: Philipp II. von Spanien.  
Preis pro Nummer 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

**Gelesene Nummern**  
Aus  
**Leben und Wissenschaft.**  
Gesammelte Vorträge und Aufsätze  
von  
**Dr. Arnold Döbel.**  
Ordentl. öffentl. Professor an der  
Universität Zürich.  
Erste Lieferung:  
**Kant, Leibniz u. Wissenschaft.**  
Zwei geschweizerländische Vorträge  
gehalten  
im Vereinslokal des deutschen Arbeiter-  
bildungs-Vereins in Zürich.  
2. Lieferung:  
**Conrad Deubler,**  
der oberösterreichische Bauern-  
Philosoph.  
Von Weib.  
Seine locale Stellung und seine  
Bedeutung.  
Ueber die ältere Bauern-Verfassung  
und die neue Bauern-Bewegung.  
Preis pro Band 75 Pf.

**Jerrins-Kalender.**  
Breslau.  
Kranken-Unterstützungs-  
bund der Schneider-Deutsche  
Lands. (E. G. Brunschweig). Jeden  
Dienstag Abends 8 Uhr: Lausen-  
abend im Gasthaus „zum roten  
Löwen“, Kupferschmiedestraße 21.  
— Gäste willkommen. Aufnahme neuer  
Mitglieder.  
Gesangverein der Stein-  
schen. Jeden Dienstag, Abends  
7<sup>1/2</sup> Uhr: Übungsstunde unter  
tüchtigem Dirigenten in Jabels Lokal,  
Kleine Grotzengasse No. 15.  
Deutscher Schneider-Verband  
Jeden Dienstag Abends 8 Uhr:  
Kassenabend im Gasthaus „zum  
roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21.  
— Gäste willkommen. Aufnahme  
neuer Mitglieder.